

SÜDWESTGRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

es sind außergewöhnliche Zeiten für uns alle. In vielerlei Hinsicht. Wer hätte für möglich gehalten, dass eine hochkomplexe und vernetzte Gesellschaft wie die unsere quasi von heute auf morgen „den Betrieb“ runterfährt? Das Gebot der Stunde ist es, Zusammenhalt dadurch zu zeigen, indem wir Abstand voneinander halten – so schwer uns das allen auch fallen mag, so bedrückend es auch für viele ist. Wir denken an jene, die verunsichert sind und sich fragen, ob ihre berufliche Existenz weiterhin sicher ist – wir werden uns dafür einsetzen, dass dem so ist. Wir denken auch an Familien, in denen Großeltern und Enkelkinder sich momentan nicht sehen, geschweige denn umarmen können.



Es gäbe viele solcher Beispiele, die uns berühren. Zugleich wissen wir aber auch: je konsequenter wir uns und jeden unserer Mitmenschen schützen, desto eher werden wir zu einem anderen Miteinander zurückkehren, sozial wie auch wirtschaftlich. Vielleicht erst Schritt für Schritt, langsam, aber dafür sicher. Wir sind zuversichtlich, dass die von Bund und Ländern beschlossenen und breit getragenen Maßnahmen entsprechende Wirkung zeigen. Die Krise hat eine Welle der Solidarität und gegenseitigen Unterstützung ausgelöst. Diesen Zusammenhalt und die Kraft, die sich daraus ergeben, werden wir auch künftig brauchen. Denn die Herausforderungen werden nicht weniger. Als Bundestagsfraktion haben wir die Bundesregierung bei ihrem Vorgehen unterstützt, aber auch wichtige und elementare demokratische Grundrechte des Bundestags erfolgreich eingefordert. Jegliche Grundrechtsbeschränkung muss stets auf den Prüfstand. Denn Demokratie muss sich gerade in der Krise bewähren.

Das Virus kennt keine Grenzen, daher muss die Antwort darauf solidarisch, europäisch und international sein. Dafür setzen wir uns ein, denn wenn alle Staaten alleine für sich und gegeneinander arbeiten, können wir alle den Kampf nicht gewinnen. Doch es wird bald auch wieder eine Zeit kommen, in der wir über die besten Wege und Lösungen streiten werden – etwa dass wir Klimaschutz, stabile Ökosysteme, Artenschutz, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaft unbedingt miteinander verbinden müssen. Die enormen Mittel, die in Konjunktur- und Investitionsprogramme fließen werden, müssen eine doppelte Dividende erzielen. Sie müssen Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Und sie müssen gleichzeitig durch zielgerichtete Investitionen den Umbau unserer Ökonomie in eine klimaneutrale und naturverträgliche Wirtschaft voranbringen. Denn es mehren sich Stimmen aus der Wissenschaft, dass gerade zunehmende Naturzerstörung das Risiko von Pandemien und Zoonosen erhöht.

Politik, das bedeutet miteinander reden, miteinander diskutieren, miteinander nach vorne schauen. Wie kommen wir ins Gespräch? Momentan vor allem digital und im Netz. Die Bundespartei hat gerade erst angekündigt, den kommenden Länderrat virtuell im Internet zu veranstalten. Zu unseren entsprechenden digitalen Angeboten werdet ihr in nächster Zeit mehr von uns hören!

Wer erkrankt ist, dem senden wir herzliche Genesungswünsche! Und wir denken an diejenigen, die trotz eigener schwieriger Situation auf Besuche Angehöriger verzichten müssen. Zugleich danken wir allen, von ÄrztInnen über PflegerInnen bis hin zu KassiereInnen – die wir stellvertretend für viele andere nennen –, die mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Dienst für die gesamte Bevölkerung leisten. Wir werden uns politisch dafür einsetzen, dass diese Wertschätzung auch über diese außergewöhnlichen Zeiten hinaus Bestand haben wird.

Bleibt gesund und zuversichtlich!

Euer Harald und die ganze Landesgruppe



DR. DANYAL BAYAZ

STARTUP-BEAUFTRAGTER

WWW.DANYAL.EU

Tel. 030 / 227-77247, Fax 030 / 227-70247, danyal.bayaz@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Schlossstraße 4, 68723 Schwetzingen
Tel. 07251 / 327 62 77, danyal.bayaz.wk@bundestag.de

AKUTE MASSNAHMEN GEGEN DIE WIRTSCHAFTLICHE KRISE

Die Corona-Krise hat schon jetzt deutliche Auswirkungen auf unsere Arbeit und unsere Wirtschaft. Nicht nur Ökonomen treibt die Frage um, wie hart uns die Rezession, also ein Rückgang der Wirtschaftsleistung, treffen wird. Weniger Arbeitsplätze, weniger Wertschöpfung, weniger Steuereinnahmen, Turbulenzen an den Finanzmärkten, was auch Sparerinnen und Altersvorsorge empfindlich trifft. Dies ist die Stunde der Exekutive. Wir nehmen als Parlament und Opposition unsere Verantwortung wahr und unterstützen die Bundesregierung bei diesem Vorhaben. Wir haben dem Rettungspaket der Regierung und dem damit verbundenen Nachtragshaushalt von historischen 156 Milliarden Euro zugestimmt, um Beschäftigte und Unternehmen zu stützen. Gute, aktuelle Informationen zu Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld oder Liquiditätshilfen für Unternehmen gibt es auf den Seiten der Bundesagentur für Arbeit (<https://gruenlink.de/1q9u>) oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau (<https://gruenlink.de/1q9w>). Ich bin froh darüber, dass unser Vorschlag zur Einrichtung von Hilfestellungen für Solo-Selbständige von der Regierung aufgegriffen worden ist. In diesem Kontext hat auch die Landesregierung in Baden-Württemberg ein Soforthilfeprogramm auf den Weg gebracht, um die wirtschaftliche Existenz der Solo-Selbständigen und Klein-Unternehmen zu sichern. Es handelt sich um eine einmalige Unterstützung, die nicht zurückgezahlt werden muss. Wir werden fortlaufend prüfen, inwiefern die beschlossenen Maßnahmen zielführend und ausreichend sind und die Regierung auf Verbesserungspotenzial hinweisen. Beispielsweise habe ich Bundesfinanzminister Olaf Scholz einen Brief zur Umsetzung steuerlicher Regelungen während der Corona-Krise geschrieben. Wir werden aber nicht das sprichwörtliche Haar in der Suppe suchen. Es geht jetzt darum, dass Hilfen schnell und unkompliziert ankommen.

KONJUNKTURPROGRAMME MIT INNOVATION UND NACHHALTIGKEIT VERBINDEN

Lasst uns dafür Verständnis haben, dass dies für alle Beteiligten eine besondere Situation ist. Wir alle lernen jeden Tag dazu – diese Lernkurve darf und soll gerne auch exponentiell wachsen. Es wird sicherlich nicht das letzte Mal gewesen sein, dass wir in diesem Jahr über wirtschaftliche Maßnahmen gesprochen haben. Zum Schutz vieler Menschen und um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, erleben wir im Alltag gerade starke Eingriffe in unsere Freiheit. Sie sind nötig, um die Kurve an Neuinfektionen abzuflachen. Es muss jedoch auch klar sein, dass diese einschränkenden Maßnahmen nur auf gewisse Zeit ausgelegt sind. Weder unsere Wirtschaft noch unsere freie Gesellschaft hält es auf Dauer aus, in einem Shutdown zu verweilen.

Wer in den Shutdown einsteigt, wird auch wieder aussteigen müssen. Dann werden wir intensiv darüber diskutieren, wie wir unsere Wirtschaft nachhaltig und ökologisch stärken und wichtige Zukunftsthemen gemeinsam anzugehen. Angesichts der Diskussion um Medikamente und Lieferengpässe sowie die Dringlichkeit der Entwicklung eines Impfstoffes gegen Corona, erscheint so zum Beispiel auch die Debatte um den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland in ganz neuem Licht.

Globale Krisen lösen wir nur gemeinsam, jedoch sollten wir dabei nicht auf chinesische Technologie oder eine America-First-Mentalität angewiesen sein. Wir sollten uns also zeitnah überlegen, wie wir den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland langfristig und nachhaltig verbessern. Ein staatlicher Wagniskapitalfonds könnte hier den entscheidenden Unterschied machen. Er könnte in relevanter Größenordnung in Startups investieren, die zum Beispiel in den Bereichen Nachhaltiger Energie, Künstliche Intelligenz oder Le-

DIE CORONA-KRISE UND UNSERE WIRTSCHAFT



benswissenschaften tätig sind. In diesen Branchen findet momentan der Wettbewerb um die technologische Vorherrschaft statt. Dort entsteht der wettbewerbsfähige und innovative Mittelstand von morgen.

Andererseits sollten wir nach der Bewältigung der akuten Krise und Beendigung der Kontaktsperren auch darauf achten, welche Konjunkturpakete wir in unserer Wirtschaft zukünftig anschieben. Ein „Weiter so“ ist in der Wirtschaft auch mit Blick auf die Klimakrise nicht wünschenswert. Bei der Klimakrise erleben wir eine weitere, wenn auch weniger direkt wahrnehmbare Kurve, die wir dringend abflachen müssen – die CO₂-Kurve. Wir müssen daher genau schauen, welche Subventionen und Pakete sich auch als ökologisch nachhaltig erweisen. Ein Umbau unserer Wirtschaft, hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft zu kommen, ist dringend notwendig.

„WHATEVER IT TAKES“ MUSS AUCH EUROPÄISCH GEDACHT WERDEN

Der Bundestag hat im Eiltempo einen Nachtragshaushalt zur Bekämpfung der Krise beschlossen. Doch Deutschlands Volkswirtschaft wird nicht wieder Fahrt aufnehmen, wenn die Märkte um uns zusammenbrechen. Andere Staaten in Europa verfügen nicht über die Mittel, um die Krise allein zu stemmen. Wir benötigen europäische Instrumente, damit die europäische Wirtschaft überlebt. Was besonders gebeutelten Ländern jetzt schnell und direkt helfen würde, wären einmalige Coronabonds: Sie könnten für den ausschließlichen Zweck der Krisenbekämpfung, schnell und unkompliziert auf europäischer Ebene emittiert werden und dabei Mittel in mindestens hoher dreistelliger Milliardenhöhe freigeben. Diese Mittel werden gesamteuropäisch verwaltet und dort eingesetzt, wo sie gesundheitspolitisch am dringendsten und ökonomisch am sinnvollsten wirken. Diese Anleihen haben idealer-

weise eine sehr lange Laufzeit, beispielsweise 30 Jahre, und werden zum Zeitpunkt der Fälligkeit anteilmäßig nach ökonomischer Leistungsfähigkeit getilgt. Es geht hier also nicht um dauerhafte Eurobonds durch die Hintertür, sondern um eine einmalige Sonderanleihe, die eine tragfähige Lastenverteilung in einer historischen Krise, für die niemand die Schuld trägt und die alle betrifft, ermöglicht.

Es geht hier nicht nur um europäische Solidarität und die Zukunft des europäischen Friedensprojekts, sondern schlichtweg auch um Deutschlands wirtschaftliches Interesse. Wenn wir es zulassen, dass soziale und wirtschaftliche Verwerfungen in Europa zu noch größeren Divergenzen in Europa führen, stellen wir zum einen den europäischen Binnenmarkt zur Disposition. Ein Binnenmarkt und eine Kapitalmarktunion funktionieren nicht mit einigen wenigen hochproduktiven Volkswirtschaften und anderen, die buchstäblich wirtschaftlich am Boden liegen. Gerade ein Exportland wie Deutschland sollte erkennen, dass Europa maßgeblich für unseren Wohlstand ist.

Zum anderen geht es um unsere europäische Souveränität. Es kann nicht unser Interesse sein, dass beispielsweise chinesische Staatsfonds nach der Krise auf Schnäppchen-Tour gehen, und Anteile oder gleich ganze Unternehmen in Süd- oder Osteuropa aufkaufen, weil diese Firmen angesichts der Krisensituation günstig zu haben sind. Europa wird nach der Corona-Pandemie als Wirtschaftsregion geopolitisch und innovationspolitisch nur dann weiter eine relevante Rolle spielen, wenn wir erkennen, dass es „uns in Deutschland nur gut geht, wenn es Europa gut geht“ – so Kanzlerin Angela Merkel im November des vergangenen Jahres. Nur gemeinsam werden wir die Herausforderungen lösen können, von denen die größte immer noch die Klimakrise und die ökologische Modernisierung sind.



DR. FRANZISKA BRANTNER

PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN
SPRECHERIN FÜR EUROPAPOLITIK

WWW.FRANZISKA-BRANTNER.EU

Tel. 030 / 227-73096, Fax.030 / 227-76094, franziska.brantner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Bergheimerstr. 147, 69115 Heidelberg
Tel. 06221 / 914 66 20, franziska.brantner.ma04@bundestag.de

EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTSHILFE IN ZEITEN VON CORONA

Die Corona-Krise meistern wir nur europäisch. Wie gute Nachbarn müssen wir in der Not zusammenstehen und gemeinsam improvisieren. Indem wir Schutzgüter teilen, unsere Forschung und Produktion für medizinische Güter koordinieren und Finanzhilfen leisten. Baden-Württemberg geht mit gutem Beispiel voran.

Gute Nachbarschaft zeigt sich, wenn man sich auch in schweren Zeiten aushilft. Das haben uns die vielen Aktionen gezeigt, in denen Jüngere für Ältere einkaufen und Besorgungen erledigen, Menschen gemeinsam von Balkon zu Balkon musizieren oder sich unter dem Hashtag #NachbarschaftsChallenge organisieren. Diese nachbarschaftliche Solidarität brauchen wir auch in Europa. Dazu brauchen wir Vertrauen und den Willen, Europa zu stärken und zusammenzuhalten. Es war nicht hilfreich, dass Italien zuerst medizinische Ausrüstungsgegenstände aus China geliefert bekam, bevor EU-Partnerländer wie Deutschland handelten. Deutschland hat erst nach Wochen sein Exportverbot für diese Hilfsmittel aufgehoben.

Es ist ein wichtiges und tolles Zeichen unserer Landesregierung, dass französische Patienten auch in den Unikrankenhäusern nebenan in Heidelberg, Karlsruhe oder Freiburg behandelt werden, statt sie nach Südfrankreich ausfliegen zu müssen. Es ist höchste Zeit, dass wir Schutzausrüstung nach Italien schicken.

Viele gute Beispiele gibt es auch aus Betrieben, die ihre Produktion umstellen: Trigema in Burladingen produziert 100.000 Mundschutz-Masken die Woche, Louis Vuitton und Beiersdorf Desinfektionsmittel, GM und Ford Beatmungsgeräte, Airbus will in einer Luftbrücke medizinische Produkte von China nach Europa bringen. Gute Beispiele, wie Unternehmen in Krisenzeiten umdenken, sich solidarisch zeigen und neue Geschäftsfelder erschließen. In Baden-Württemberg wurden die Unternehmen proaktiv unterstützt – das muss national und europäisch auch passieren.

Wir müssen uns in Europa nun gegenseitig helfen: medizinisch, um die Epidemie schnell einzudämmen, und finanziell, um die Folgen für die Wirtschaft und die Eurozone abzumildern, damit aus der Coronakrise nicht die nächste Finanzkrise wird.

Wir müssen erstens auf europäischer Ebene die Herstellung von Schutzartikeln wie Masken, Kleidung und Desinfektionsmitteln sowie von Atemschutzgeräten, Arzneimitteln und Tests koordinieren, und dann so verteilen, dass alle Mitgliedstaaten in der EU entsprechend ihrer Notlage bedacht werden. Dafür sollten wir europäisch erfassen, was wo gebraucht wird, Lieferengpässe analysieren und gemeinsam beheben und in der Logistik und Patentierung auf flexible europäische Lösungen setzen, finanzielle und logistische Unterstützung dafür anbieten. Auch beim Wettlauf um die Entwicklung schneller Tests und Impfstoffen müssen wir europäisch vorgehen.

EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTSHILFE IN ZEITEN VON CORONA



Wir müssen zweitens den Finanzmärkten klare Signale senden, dass Spekulationen gegen einzelne Mitgliedsstaaten sinnlos sind. Wir brauchen einen umfassenden finanziellen Schutzschild für Europa und den Euroraum. Nach anfänglichem Stottern hat die EZB, nachdem Italien für einen kurzen Moment aufgrund von Spekulationen keinen Zugang mehr zum Finanzmarkt hatte, das 750 Mrd starke Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) aufgelegt und damit erstmal für Beruhigung gesorgt. Nun brauchen alle Mitgliedsstaaten der Eurozone einen zuverlässigen, langfristigen Zugang zu einer niedrig verzinsten "Gesundheits"-Kreditlinie im Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Aber wir brauchen auch eine Lastenteilung, weil einige Länder sonst Gefahr laufen könnten, nicht genug für ihre Gesundheit und Konjunktur ausgeben zu können. Dies würde nicht nur dem betroffenen Land schaden, sondern den gesamten Binnenmarkt gefährden. Es gäbe dann zwei Arten von europäischen Ländern, jene, die in Gesundheit und ihre Wirtschaft investieren können, und jene, die dies nicht können, mit Massenarbeitslosigkeit und Depression. Deutschlands Wirtschaft wird aber nicht mit einem halben Binnenmarkt wieder zum Laufen zu bringen sein. Außerdem gefährdet das die Fundamente der Europäischen Union.

Wir fordern daher die Ausgabe von Europäischen Gesundheitsanleihen mit einem klaren und definierten gemeinsamen Ziel und unter Einhaltung gemeinsam vereinbarter Richtlinien. Dies würde es ermöglichen, die

Last gemeinsam und auf demokratische Weise zu schultern.

Und wir müssen drittens das Exit-Szenario europäisch denken, und gemeinsam schrittweise zum Alltag zurückzukehren. Dabei müssen wir gemeinsam in der EU Lehren aus der Krise ziehen, Notfallpläne aufstellen, um in Zukunft besser vorbereitet zu sein und die digitale sowie sozial-ökologische Transformation angehen. Dies erfordert eine koordinierte Exit-Strategie, einen umfassenden Konjunkturplan und beispiellose Investitionen. Es ist entscheidend, was wir aus dieser Krise mitnehmen. Leben wir die viel beschworene europäische Solidarität? Stärken wir Europa, damit wir künftig besser auf solche Notlagen vorbereitet sind? Machen wir die öffentliche Gesundheit und die Bekämpfung von Epidemien zu einer gemeinsamen Zuständigkeit der EU? Produzieren wir mehr dezentral und bauen dazu unsere Wirtschaft und Logistik um? Machen wir die Eurozone endlich krisenfest, indem wir die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden?

Das Virus kennt keine nationalen Grenzen. Wenn die Pandemie nicht europaweit eingedämmt ist, wird sie immer wieder nach Deutschland zurückkehren. Lassen wir ein europäisches Land damit alleine, schwächen wir die gesamte EU und schaden damit am Ende uns selbst.



AGNIESZKA BRUGGER

STELLVERTRETENDE FRAKTIONS-VORSITZENDE

WWW.AGNIESZKA-BRUGGER.DE

Tel. 030 / 227-71570, Fax 030 / 227-76195, agnieszka.brugger@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rosenstraße 39, 88212 Ravensburg,

Tel. 0751 / 359 39 66, Fax 0751 / 359 39 67 agnieszka.brugger@wk.bundestag.de

IN DER CORONA-KRISE ZUSAMMENHALTEN – IM LAND UND INTERNATIONAL

Das Corona-Virus stellt unsere Gesellschaft vor krasse Herausforderungen. Der Bundestag hat den Weg dafür freigemacht, diejenigen zu unterstützen, die von diesem Ausnahmezustand besonders belastet werden. Trotz aller berechtigter Kritik an einzelnen Maßnahmen und insbesondere an bestehenden Lücken: Es ist ein starkes Zeichen, dass die fünf demokratischen Fraktionen hier gemeinsam gehandelt haben, und dass die Bundesregierung zumindest einige unserer Verbesserungsvorschläge aufgenommen hat. Wenn unser Land in der Krise ist, ist unsere Demokratie handlungsfähig, und alle demokratischen Parteien sind zur pragmatischen Zusammenarbeit bereit. Es zählen Solidarität, Besonnenheit und Vernunft trotz Ausnahmezustand. Ganz im Gegensatz dazu agieren gerade die Populistenpräsidenten Trump, Bolsonaro, Johnson, Erdogan und Orban. Realität leugnen, falsche Nachrichten und krude Verschwörungstheorien verbreiten und national abschotten – ähnlich wie die sechste Fraktion im Bundestag – das sind alles Strategien, die sich am Ende bitter rächen werden.

Diese Pandemie ist kein nationales Thema, und bei allen wichtigen nationalen Maßnahmen wird der Kampf gegen Corona und seine Folgen am Ende nur dann erfolgreich sein, wenn in Gesundheits- und Wirtschaftspolitik international gemeinsam gehandelt wird. Deshalb braucht es hier im Land und international Solidarität, Zusammenhalt und pragmatische Lösungen für die ganz konkreten Herausforderungen.

SOLIDARISCHES EUROPA – ERST RECHT IN ZEITEN DER CORONA-KRISE

Baden-Württemberg hat gezeigt, wie europäische Solidarität aussehen kann, als Patient*innen aus dem Elsass aufgenommen wurden. Deutschland muss auch in dieser

schweren Krise seine europäischen Freunde unterstützen, und auch wir sind auf die Hilfe anderer angewiesen. Wenn andere Mitgliedsstaaten medizinisches Material nicht selbst herstellen können, muss auch Deutschland mit seinen guten Möglichkeiten helfen, zum Beispiel im gemeinsamen Pool der EU-Kommission für medizinische Versorgung.

Die Bundesregierung muss angesichts einer drohenden Wirtschafts- und Finanzkrise verhindern, dass gegen einzelne Staaten im Euro-Raum spekuliert werden kann und einen finanziellen Schutzschirm mitaufbauen. Ob Corona-Bonds oder andere Lösungen, wir brauchen schnelle Antworten, damit die Euro-Zone all ihre Mitglieder und so auch sich selbst effektiv schützen kann. Es ist falsch, dass die Bundesregierung auch den Vorstoß von Mitgliedsstaaten wie Frankreich und Spanien dazu wieder aus rein ideologischen Gründen abgelehnt hat.

BEI DER HUMANITÄREN KATASTROPHE AN DER GRIECHISCHEN GRENZE HELFEN

Schon seit Monaten hat sich die katastrophale humanitäre Situation in Griechenland und an der griechischen Grenze für Geflüchtete massiv zugespitzt. Tausende Frauen und Kinder mussten über den Winter in der Kälte der Flüchtlingslager auf Lesbos ausharren. Nun sind die überfüllten Lager mit schrecklichen hygienischen Umständen eine noch größere Gefahr für die Menschen dort.

Wir Grüne haben bereits im Winter und auch im Februar noch einmal im Bundestag Kontingente gefordert, um besonders Schutzbedürftige aus diesen Lagern rauszuholen und zu helfen. Mit dem Aufruf #LeaveNooneBehind haben Aktivist*innen und Politiker*innen gefordert, dass die überfüllten Flüchtlingslager evakuiert werden und die Menschen dort die notwendigen Schutzmaßnahmen bekommen: www.gruenlink.de/1q8s.

IN DER CORONA-KRISE ZUSAMMENHALTEN IM LAND UND INTERNATIONAL



INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IST OBERSTES GEBOT – DAS VIRUS KENNT KEINE NATIONALEN GRENZEN

Wir erleben gerade, wie Industrieländer mit vergleichsweise stärker aufgestellten Gesundheitssystemen angesichts des Corona-Virus an die Grenzen ihrer Kapazitäten stoßen. Staaten, die besonders unter bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen oder dem Klimawandel leiden, trifft die Pandemie mit einer noch größeren Härte. Wo Gesundheitssystem und staatliche Ordnung ohnehin geschwächt sind, sanitäre Anlagen fehlen und es keine soziale Sicherung gibt, droht sich die Pandemie besonders schnell auszubreiten und ihre gesellschaftlichen Folgen umso heftiger zu werden.

Im Jemen waren schon vor der Krise über 14 Millionen Menschen dringend auf Lebensmittel und medizinische Hilfe angewiesen. Im Südsudan sind mehr als die Hälfte aller Gesundheitseinrichtungen nicht funktionsfähig und eine Mehrheit der Bevölkerung zählt durch gesundheitliche Probleme zur Risikogruppe. Einige afrikanische Staaten kämpfen noch immer mit der Ebola-Krise und ihren Auswirkungen. Diese Pandemie werden auch dort vor allem arme und ältere Menschen, Frauen und Kinder und Menschen auf der Flucht spüren.

Eins ist klar: Ein Staat allein kann und wird diese Pandemie nicht besiegen. Der Virus wird immer wieder zurückkehren, wenn es uns nicht gelingt eine global wirksame Antwort zu finden. Daher ist Solidarität mit den Schwächsten auf der Welt nicht nur ein Handeln des Herzens, sondern auch ein Gebot der Vernunft.

Bei aller guten Zusammenarbeit mit der Bundesregierung: Es ist unverantwortlich, dass die Koalition diese internationale Dimension der Krise bisher ausblendet. Als einzige Fraktion haben wir Grüne deshalb letzte Sitzungswoche die Bundesregierung im Haushaltsausschuss mit einem

Maßgabebeschluss aufgefordert, zusätzliche Mittel für den europäischen und internationalen Kampf gegen die Krise bereitzustellen. Dazu zählen konkrete Hilfen im Bereich der Basisgesundheitsversorgung und zur Stärkung von Gesundheitssystemen sowie die Frage, ob von der Krise wirtschaftlich besonders betroffenen Staaten bei der Schuldenumwandlung geholfen werden kann. Die Bundesregierung muss auch ihre Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat stärker nutzen, um internationale Hilfe zu koordinieren, zum Beispiel einen Corona-Hilfsfonds auf Ebene der UN, wie ihn Norwegen schon vorgeschlagen hat.

VIELEN DANK AN DIE MENSCHEN IN DEN SICHERHEITSBEHÖRDEN

Wie viele in unserer Gesellschaft haben auch die Soldat*innen der Bundeswehr ganz selbstverständlich mit angepackt, um die schlimmsten Auswirkungen der Krise bei uns im Land zu mindern. Mit medizinischem Personal, Hilfe bei Transport und Unterstützung bei der Versorgung haben sie entlang der Vorgaben des Grundgesetzes im Rahmen der Amtshilfe pragmatisch geholfen. Dafür habe ich ihnen letzte Woche auch im Namen der Fraktion in meiner Rede bei der Sitzung des Bundestages gedankt. Es ist jetzt nicht die Zeit, hochideologische Debatten über den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu starten, wir sind mit den Regelungen des Grundgesetzes sehr klug aufgestellt, und Verteidigungsministerin und Bundeswehrführung haben sich bisher sehr besonnen geäußert.

Zusammenhalt und Zusammenarbeit national wie international, Menschen schützen, unsere Demokratie handlungsfähig halten, die Wirtschaft unterstützen und insbesondere die Schwächsten nicht aus dem Blick verlieren – das ist das oberste Gebot der Stunde!



DR. ANNA CHRISTMANN

SPRECHERIN FÜR INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK
SPRECHERIN FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

WWW.ANNACHRISTMANN.ORG

Tel. 030 / 227-79227, Fax 030 / 227-70230, anna.christmann@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Tübinger Str. 1, 70178 Stuttgart

Tel. 0711 / 66 47 61 99, anna.christmann.wk@bundestag.de

MIT DIGITALISIERUNG UND INNOVATIONEN DURCH DIE KRISE

Digitale Anwendungen helfen uns gerade sehr bei der Bewältigung der Coronakrise. Sei es, um die Ausbreitung des Virus zu verfolgen und zu verstehen, Unterricht von zuhause aus zu ermöglichen, Nachbarschaftshilfe zu organisieren oder um mit seinen Liebsten in Kontakt zu bleiben. Innerhalb kürzester Zeit sind viele innovative Ideen und Anwendungen entstanden, die unser aller Umgang mit der aktuellen Ausnahme-Situation erheblich verbessern. Großeltern entdecken Videokonferenzen mit den Enkeln und die Chefin stellt fest, dass die Belegschaft auch im Homeoffice motiviert ist. All das sind die hoffnungsvollen Momente in einer nie dagewesenen Ausnahmesituation, die leider bereits viele Opfer gefordert hat.

DIGITALISIERUNG KANN HELFEN, LEBEN ZU RETTEN

Umso wichtiger ist es, dass wir die Digitalisierung schnell dort nutzen, wo sie helfen kann, Leben zu retten. Eine Handy App zur Nachverfolgung von Kontaktketten könnte dafür einen entscheidenden Beitrag leisten. Es gibt bereits eine Reihe von Vorschlägen für eine freiwillige und datenschutzkonforme Lösung. Wenn Daten nur lokal und anonymisiert gespeichert werden, muss ich nicht mein Bewegungsprofil offenlegen, um mitzumachen. Wir können und sollten mit solchen digitalen Lösungen sofort loslegen. Und sie werden sehr hilfreich sein, wenn das öffentliche Leben schrittweise wieder aufgenommen werden wird. Für diese und zukünftige Krisen zeigt sich zudem, wie wir uns durch neue Technologien wie Künstliche Intelligenz besser vorbereiten und schneller lernen können. So hilft KI zum Beispiel dabei, präzise Vorhersagen über die zeitliche und räumliche Ausbreitung des Virus zu liefern. Der Ausbruch in China war bereits eine Woche

früher von einem intelligenten System vorhergesagt als die Weltgesundheitsorganisation gewarnt hatte. Hier brauchen wir zukünftig auch in Europa ein systematisches Frühwarnsystem.

Mit Hilfe der nötigen Daten und auch von intelligenten Auswertungssystemen können Forschende mehr über das Krankheitsbild COVID-19 lernen und dadurch schon bestehende oder noch benötigte Therapieoptionen ableiten. Mit KI wird beispielsweise analysiert, aus welchen Proteinen sich das Virus zusammensetzt und welche bereits zugelassenen Arzneimittel für seine Bekämpfung wirksam sein könnten.

FÜR NEUE IMPFSTOFFE BRAUCHEN WIR MUTIGE FÖRDERUNG VON INNOVATIONEN

Unsere Innovationsfähigkeit ist auch bei der Entwicklung von Tests und Impfstoffen entscheidend. Baden-Württemberg macht es in vielen Bereichen vor: Bosch hat einen neuen Schnelltest entwickelt und CureVac aus Tübingen forscht mit neuen Methoden unter Hochdruck an einem Impfstoff. Beide Unternehmen sind aus unterschiedlichen Gründen sehr gut in der Forschung aufgestellt. Und das rentiert sich nun, wo es auf dringend benötigte Innovationen so sehr ankommt. Wir dürfen uns aber nicht täuschen lassen: gerade im Fall von CureVac hat die US-Regierung unter Trump versucht, sich einen möglichen Impfstoff exklusiv zu sichern – so wurde zumindest in der Presse spekuliert. Und Donald Trump ist nicht ohne Grund so schnell auf das Tübinger Biotech-Unternehmen gekommen. Schon sehr früh wurde es mit Geld des amerikanischen Verteidigungsministeriums finanziert. Vergleichbares Geld für waghalsige Forschungsprojekte gibt es bei uns bisher kaum. Ein Investor wie Dietmar Hopp ist hier eher die Ausnahme denn die Regel. Diese Lücke rächt sich, wenn es darauf ankommt.

MIT *DIGITALISIERUNG* UND *INNOVATIONEN* DURCH DIE KRISE



In der akuten Bekämpfung der Krise hat die Politik völlig zurecht ein „Whatever it takes“ ausgerufen. Dieses Prinzip sollte auch für Innovation gelten. Für die künftige Sicherung unseres Wohlstands werden völlig neue Geschäftsmodelle und Technologien von zentraler Bedeutung sein – in der Krise und darüber hinaus. Solche disruptiven Innovationen verlangen vom Staat mehr Mut in der Förderung.

Weiter braucht es beste Bedingungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, damit Ideen geboren, zur Reife gebracht und veredelt werden. Ausgründungen aus der Wissenschaft zu stärken, ist dabei von entscheidender Bedeutung.

Innovative Unternehmen zu fördern ist eine Sache. Diese dauerhaft bei uns anzusiedeln, eine andere. In Deutschland und Europa ist der Wagniskapitalmarkt immer noch unterentwickelt. Das gilt besonders für die sog. „späte Finanzierungsphase“. Während sich die Anschubfinanzierung durch private und staatliche Akteure wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau bereits deutlich verbessert hat, fehlt es nach wie vor an großen Kapitalfonds für das langfristige Wachstum, auch über nationale Grenzen hinweg.

WISSENSCHAFT IST SYSTEMRELEVANT

Forschende auf der ganzen Welt beweisen gerade, wie sehr wir sie brauchen, um neue Herausforderungen zu bewältigen. Insbesondere solche, mit denen wir nicht gerechnet haben. Es ist die Stärke von Forschung, sich auf unbekanntes Terrain zu begeben. Und es ist unsere Stärke als Grüne, dass wir vorausschauende Politik machen. Wir wissen, dass wir uns nicht in unserem heutigen Wohlstand ausruhen können, sondern stets auf neue Entwicklungen einstellen müssen. Sei es die Klimakrise oder jetzt eine überraschende Pandemie ungeahnten Ausmaßes.

Dafür müssen wir mutige Schritte bei Digitalisierung

und Innovationsförderung gehen. Wir müssen uns aber auch in der Forschung noch besser aufstellen. Glücklicherweise gibt es mit der globalen Forschungsallianz „Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI) bereits einen internationalen Zusammenschluss zur Pandemie-Forschung. Dass Deutschland nun kurzfristig 140 Millionen Euro für die koordinierte Impfstoffforschung bereitgestellt hat, ist sehr zu begrüßen. Ob es ausreichen wird, bleibt abzuwarten. Wichtig ist nun, dass wir der hochkomplexen Impfstoffentwicklung keine finanziellen Steine in den Weg legen. Wenn nötig, muss Deutschland sein finanzielles Engagement dazu deutlich erhöhen.

Wir werden aber auch dafür streiten, dass wir uns in der Gesundheitsforschung noch deutlich besser aufstellen. So werden wir stärker als bisher in die Erforschung diagnostischer Testverfahren und den Ausbau von Testkapazitäten investieren müssen. Auch besteht großer Handlungsdruck zu den unterschiedlichen Behandlungsmethoden von COVID-19. Klinische Studien müssen hier unter hohem Zeitdruck durchgeführt, zusammengeführt und das Wissen dem gesamten Gesundheitssektor schnell zur Verfügung gestellt werden. Die Forschungspolitik ist hier gefordert, all dies zügig und unbürokratisch zu ermöglichen.

Nicht zuletzt wird in der Corona-Pandemie deutlich, wie wichtig die Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse für uns alle ist. Dem sollten wir auch Rechnung tragen und die Wissenschaftskommunikation substanzieller als bisher fördern. Wunderbare Angebote wie der tägliche Podcast mit Professor Christian Drosten zeigen, was möglich ist. Und sie leisten einen wichtigen Beitrag, das was derzeit notwendig ist, verständlich und nachvollziehbar zu machen. Und notwendig ist derzeit und vermutlich auch die kommenden Wochen und Monate eine ganze Menge.



HARALD EBNER

SPRECHER FÜR GENTECHNIK- UND BIOÖKONOMIEPOLITIK
SPRECHER FÜR WALDPOLITIK

WWW.HARALD-EBNER.DE

Tel. 030 / 227-73025, Fax 030 / 227-76025, harald.ebner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gelbinger Gasse 87, 74523 Schwäbisch Hall
Tel. 0791 / 97823731, Fax 0791 / 97823733, harald.ebner.ma03@bundestag.de

AGRARWENDE BLEIBT SYSTEMRELEVANT!

Auch die Landwirtschaft ist hart von der Coronakrise betroffen. Weder Shutdown noch Home-Office kommen für sie in Frage. Sie wurde zwar als systemrelevant eingestuft, dennoch verhängte Bundesinnenminister Seehofer zunächst einen Einreisestopp für Saisonarbeitskräfte. Der ist nun gelockert, je 40.000 Erntehelfer*innen dürfen im April und Mai einreisen. 20.000 waren im März bereits im Land. Sie alle sollen statt der bisher möglichen 70 Tage jetzt bis zu 115 Tage arbeiten dürfen. Damit wäre, so die Arbeitskräfte aus den Herkunftsländern überhaupt kommen, knapp die Hälfte des jährlich notwendigen zusätzlichen Arbeitskräftepotenzials abgedeckt.

Offen ist, ob und wie die Betriebe die RKI-Vorgaben umsetzen können. Die Unterbringung muss sich von den bisherigen beengten Verhältnissen mit Mehrbettunterkünften deutlich unterscheiden. Abstände müssen auch auf den Pflanzmaschinen eingehalten werden. Ob die „Quarantäne mit Arbeitsmöglichkeit“, wie Ministerin Klöckner ihre Lösung nennt, also die Bildung von Arbeitsgruppen, die gleichzeitig abgeschlossene „Quarantänegruppen“ sein sollen, wirklich funktioniert, bleibt abzuwarten. Immerhin: die Agrarbranche sieht erstmal etwas Entlastung und schöpft Hoffnung.

ERNTEHELFER*INNEN ANSTÄNDIG BEHADELN!

Dabei bleibt aber die soziale Frage weiterhin ungelöst. Dass die Saisonarbeitskräfte im Vergleich zum übrigen Lohnniveau im Land eher wenig verdienen und meist in engen Unterkünften untergebracht sind, ist ein grundsätzliches und altbekanntes Problem. Grundsätzlich sollte jede Tätigkeit in der Landwirtschaft auskömmlich sein: für die Bauernfamilien ebenso wie für ihre Beschäftigten, egal ob Dauer- oder Saisonkräfte. Mit dem andauernden Wettbewerb um die billigsten Lebensmittel wird das aber nicht gehen.

Auf der anderen Seite haben sich mittlerweile viele Menschen vor Ort direkt bei Höfen oder bei Online-Portalen gemeldet, um mit anzupacken. Die Solidarität und

Einsicht in Notwendigkeiten, das Nachdenken, das wir im Moment erleben, stimmen hoffnungsvoll, dass viele Bürger auch zu Veränderungen bereit sein werden, die die ökologisch- soziale Transformation mit sich bringen.

ÖKOLOGISCHE KRISE BLEIBT UNGELÖST!

Leider gibt es auch Kräfte, die die Corona-Krise nutzen, um die ökologische Landwirtschaft zu diskreditieren. Rainer Spiering (SPD) meint, in der Krise zeige sich der Wert der konventionellen Landwirtschaft, also der maschinellen Bewirtschaftung großer Flächen jenseits des Bio-Trends. Ich halte es für fatal, eine historische Krisensituation zu missbrauchen, um verschiedene Bewirtschaftungsformen gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen jetzt noch mehr als sonst jeden Bauernhof – ob bio oder konventionell. Alle können und werden ihren Beitrag zur Versorgung der Menschen und zur Bewältigung der Krise leisten! Und es ist auch erschreckend, dass ausgerechnet die SPD Arbeitsverfahren ohne Arbeitskräfte fordert, also Arbeitsplätze auf dem Land wegrationalisieren möchte.

Da ist es gut, dass das Tauziehen um die Verabschiedung der Düngemittelverordnung zum Schutz des Grundwassers gut ausgefallen ist: Auf den letzten Metern, noch in den Stunden vor der Abstimmung im Bundesrat, wurde von FDP und der CDU mit Verweis auf die Corona-Belastungen versucht, die Abstimmung zu verhindern bzw. die Mehrheit zu kippen. Zum Glück ist das nicht gelungen. Gut, dass Baden-Württemberg hier standhaft geblieben ist und im Bundesrat für die neue Verordnung gestimmt hat! Dass einige Punkte der Verordnung jetzt erst ab nächstem Jahr umgesetzt werden sollen, ist – bei aller Kritik – ein vernünftiger Kompromiss. Auch wenn die Verordnung nicht optimal ist: es war absolut notwendig, dass Deutschland jetzt endlich Düngeregeln verabschiedet, die wenigstens dem EU-Recht genügen und damit auch die drohenden enormen Strafzahlungen verhindern kann.

Schlechter sieht es mit den ohnehin halbherzigen Plä-

AGRARWENDE BLEIBT SYSTEMRELEVANT!



nen der Bundesregierung in Sachen Insektenschutz, Pestizidreduktion und Glyphosatausstieg aus. Chemiekonzerne sprechen jetzt schon von „systemrelevanten“ Pestiziden, um weitere Korrekturen bei Zulassungsverfahren zu verhindern. In jedem Fall ist der Zeitplan für die Maßnahmen schon jetzt in Frage gestellt, nachdem ein Austausch mit Umweltverbänden wegen Corona abgesagt wurde. Das allein wäre in diesen Zeiten ja noch nachvollziehbar. Dass allerdings zugleich seitens des BMEL die Abstimmung mit der Agrarlobby ungebremst fortgesetzt wurde, gibt aber zu denken. Schließlich gäbe es ja auch digitale Formate, mit denen sich alle Seiten einbinden ließen.

Auf diesem Feld haben allerdings nicht nur die ländlichen Räume, sondern auch das zuständige Ministerium Nachholbedarf. Erst auf unsere ausdrückliche Forderung hin ist wenigstens der Austausch der Ministerin mit dem Ausschuss per Telefonkonferenzen zustande gekommen.

KLÖCKNERS „ERGÄNZTE FAKTEN“

Eine weitere Corona-Auswirkung ist leider, dass Manches, was eigentlich ein ausgewachsener Skandal ist, angesichts der Krise schlicht unter den Tisch fällt – und dass die Ministerin deshalb mit dreisten Desinformationen ungeschoren durchkommt. Im Februar hatte die taz über Lobby-Pläne berichtet, die strengen EU-Regeln für Rückstände besonders gefährlicher- und aus Gesundheitsgründen in der EU verbotener – Pestizide in importierten Lebensmitteln zu lockern. Bisher gilt hier eine Nulltoleranz. Einige EU-Staaten, darunter Deutschland, unterstützen laut taz die Aufweichungs-Pläne demnach ausdrücklich. Klöckner wies die Berichte auf Twitter lautstark zurück und verbreitete dabei immer wieder ein dubioses Statement ihres Ministeriums, in dem behauptet wurde, diese Abschwächung der Regeln sei bereits in Kraft, bisher seien aber alle entsprechenden Anträge auf sogenannte „Importtoleranzen“ für Pestizidrückstände abgewiesen worden. Die EU-Kommission bestätigte mir dagegen, dass die Diskussion dazu noch nicht

abgeschlossen sei – außerdem habe es bisher noch gar keine solchen Anträge gegeben. Später wurden dann im Ministeriums-Statement „Fakten“ „ergänzt“, so dass schließlich das Gegenteil der ursprünglichen Version herauskam. Ein seltsames Verständnis von „Faktenergänzung“. Wichtiger noch, als Klöckner mit einer derart unverfrorenen Desinformation nicht davonkommen zu lassen, ist es, jetzt dafür Sorge zu tragen, dass die Kampagne von Chemieindustrie und Drittstaaten, die ihre pestizidbelasteten Produkte weiter in Europa verkaufen wollen, bei der EU-Kommission nicht verfängt und die Regeln zum Verbraucher- und Gesundheitsschutz nicht für Handelsinteressen geopfert werden. Auch Europas Bäuer*innen fühlen sich durch drohende unterschiedliche Standards für ihre eigenen und importierte Lebensmittel zu Recht hintergangen.

Wir werden sehr schnell über Aufbau- und Konjunkturprogramme in Folge des aktuellen Shutdown reden und entscheiden müssen. Hier wird es darauf ankommen, so in Zukunftsinfrastruktur zu investieren, dass gleichzeitig Arbeitsplätze gesichert UND ökologische wie soziale Krisen gleichermaßen gelöst werden. Denn Klimakrise und Artensterben warten nicht. Also müssen wir mit den Milliarden den sozial-ökologischen Umbau unserer Lebensweise ermöglichen und finanzieren. Das betrifft auch die Landwirtschaft. Jetzt ist die Zeit für eine Agrarwende, die Tieren, Umwelt, Gesundheit und den Bauernfamilien gerecht wird. Auch im Interesse der Risikoeingrenzung, was neue Pandemien betrifft. Es mehrten sich Stimmen aus der Wissenschaft, die auf einen Zusammenhang zwischen dem wiederholten Überspringen von Viren auf den Menschen und unserer die Natur ausbeutenden Lebensweise hinweisen. So schreibt der Direktor des Naturkundemuseums Berlin, Prof. Johannes Vogel, dass Schluss sein muss mit unserem überheblichen Verhältnis zur Natur. Der Mensch werde die Natur nie nach seinem Bilde formen können, sondern müsse mit ihren Regeln wirtschaften. Der ökologische Umbau und damit die Agrarwende sind also dringender denn je – und ganz besonders systemrelevant.



MATTHIAS GASTEL

SPRECHER FÜR BAHNPOLITIK

WWW.MATTHIAS-GASTEL.DE

Tel. 030 / 227-74150, Fax 030 / 227-70150, matthias.gastel@bundestag.de

REGIONALBÜRO Aicher Straße 2 (Zugang über Rosenstraße), 70794 Filderstadt
Tel. 0711 / 99 72 61 40, matthias.gastel.ma04@bundestag.de

VON DER ROLLE – GÜTERVERKEHR UND LOGISTIK IN ZEITEN VON CORONA

Produktionsstopp in der Industrie, Hamsterkäufe im Lebensmittelhandel, Staus an den Grenzen – die Coronakrise hat in kürzester Zeit unseren Alltag durcheinandergewirbelt. Dabei wird deutlich, dass der Bereich Güterverkehr und Logistik systemrelevant ist. Daher ist es richtig, alle Instrumente der schnellen Hilfe in diesem Sektor anzuwenden. Weiterhin ist es angemessen, bei Transportmitarbeitern aller Verkehrsträger Reisebeschränkungen auszusetzen. Das heißt Quarantänepflichten sind bei kurzfristigem Grenzübertritt nicht anzuwenden.

Im Fokus stehen jetzt die Arbeitsbedingungen von Lkw-Fahrern. Die Bundesregierung ist gefordert, im Bundesfernstraßennetz den Betrieb der Rastplätze mit Zugang zu sanitären Einrichtungen aufrechtzuerhalten, um annehmbare Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Besonders wichtig ist uns, dass die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und beim Lkw-Sonntagsfahrverbot so schnell wie möglich zurückgenommen werden. Maßnahmen die die Versorgung des Lebensmitteleinzelhandels in der Krise sicherstellen sollen, dürfen kein Dauerzustand zu Lasten der Beschäftigten werden. Die Güterbahnen auf der Schiene brauchen jetzt zügig eine Regelung, dass Bahnberufe überall als systemrelevant anerkannt werden. Der Zugang zu Unterkünften an den Standorten des Lokführerwechsels oder Werkstätten zählt zu den wichtigen Bedingungen für die Schiene. Flexible Öffnungszeiten in den Terminals des Kombinierten Verkehrs bis hin zum 24-h-Betrieb sind jetzt zu prüfen, um den Umschlag zwischen Schiene und Straße zu erleichtern.

Der Erlass der Lkw-Maut im Vor- und Nachlauf zum Kombinierten Verkehr kann jetzt vorgezogen werden. Diese Maßnahme zur Verkehrsverlagerung hatte die Regierung bereits 2017 angekündigt, aber noch nicht umgesetzt.

Da aufgrund des in Teilen der Industrie umgesetzten Produktionsstopps für die Güterbahnen ein wichtiger Teil ihres Geschäfts weggebrochen ist und andere Güterzüge mit geringerer Auslastung verkehren, müssen die Bahnen auch Zugang zu einem Krisenfonds erhalten, um Einnahmeausfälle kompensieren zu können. Auch eine Senkung der Trassenpreise könnte dem Sektor schnell helfen.

Noch ist es zu früh, um Konsequenzen der Coronakrise zu erörtern. Doch so viel kann man sagen: Komplexe Produktions- und Lieferketten von Unternehmen, die teilweise weltumspannend organisiert sind, werden künftig zunehmend hinterfragt werden. Resilienz, Stabilität und Krisentauglichkeit von Produktionsnetzwerken werden einen ganz eigenen Wert bekommen – jedenfalls dann, wenn man nicht einfach zur Tagesordnung übergeht.

GRÜNES BODENSEE-BAHNFORUM

Im Bodenseeraum werden Straßen teils massiv ausgebaut – und die Bahn hinkt weiter hinterher. Strecken wie die Gäu-, Bodenseegürtel- und Hochrheinbahn sind teilweise oder durchgehend eingleisig und nicht alle sind elektrifiziert. Wenn es nach dem Bund geht, um dessen Strecken es sich handelt, wird sich daran nichts ändern. Es muss sich aber etwas ändern, wenn wir Menschen zum Umstieg auf die Bahn gewinnen wollen. Um meinen Beitrag dafür zu leisten, hatte ich kürzlich zum Bodensee-Bahnforum nach Singen und Radolfzell geladen. Mit Vertretern der Deutschen Bahn, der Schweizer Bundesbahnen, der Initiative Bodensee-S-Bahn sowie Verbänden, Kommunen und meinen Landtagskolleginnen Nese Erikli und Dorothea Wehinger habe ich die Situation erörtert und nach Lösungen gesucht. Hier ein kurzer Sachstand: Für die Bodenseegürtelbahn und die Hochrheinbahn, die weiter nach Basel führt, haben Land und Kommunen Planungen veranlasst. Es ist vorgesehen, die Strecken mit einer Oberlei-

VON DER ROLLE GÜTERVERKEHR UND LOGISTIK IN ZEITEN VON CORONA



tung für den elektrischen Betrieb zu versehen und einzelne Doppelspurinseln zu schaffen (weitere Infos auf meiner Homepage).

GAU FÜR DIE GÄUBAHN?

Die Verbindung von Stuttgart über Böblingen, Horb, Rottweil und Tuttlingen nach Singen leidet schon seit Jahrzehnten unter ihrer stiefmütterlichen Behandlung. Gibt es mal einen kleinen Schritt nach vorne wie die Aussicht auf den baldigen zweigleisigen Ausbau eines Abschnitts südlich von Horb, gibt es gleich wieder Rückschläge. Zum einen hat die Bundesregierung auf eine Anfrage unserer Fraktion erklärt, dass sie sich nicht mehr an die im Vertrag von Lugano vereinbarte Fahrzeitverkürzung gebunden fühlt. Aus meiner Sicht muss zumindest sichergestellt werden, dass die Anschlüsse in Stuttgart und in Zürich erreicht werden. Dafür müssen weitergehende Ausbaumaßnahmen als diejenigen geprüft werden, die sich derzeit noch in einem frühen Planungsstadium befinden. Zum anderen droht eine durch die Bauarbeiten für Stuttgart 21 ausgelöste bis zu fünf Jahre andauernde Unterbrechung der Durchbindung zum Hauptbahnhof Stuttgart. Die Züge müssten dann am Regionalbahnhof Stuttgart-Vaihingen, der gerade (aus)gebaut wird, enden. Das Umsteigen auf eine S-Bahn würde für die Reisenden zu einem Komfort- und wegen des Zeitverlusts zum Verpassen von wichtigen Anschlüssen am Hauptbahnhof führen. Dabei könnten die Gäubahnzüge nahezu unterbrechungsfrei an den Hauptablauf fahren, wenn der Bauablauf geringfügig angepasst würde. Voraussetzung ist, dass die S 21-Projektpartner, insbesondere die Landeshauptstadt Stuttgart und der Verband Region Stuttgart, mitmachen.

STUTTGART 21 KOMMT – ABER WIE?

Die geschilderte nahezu unterbrechungsfreie Durchbindung der Gäubahn an den Hauptbahnhof wird so lange benötigt, bis die vorgesehene Flughafenführung betriebsbereit ist. Wegen der Komplexität der Planung mit dem zusätzlichen dritten Gleis neben der S-Bahn-Station am Flughafen wird dieser Abschnitt voraussichtlich mindestens drei, eher jedoch fünf Jahre später fertiggestellt sein als der Tiefbahnhof in der Innenstadt. Es gibt jedoch neben der längeren Aufrechterhaltung der Gäubahndurchbindung auch noch eine andere Idee am Hauptbahnhof, nämlich die einer Ergänzungsstation. Diese würde den Tiefbahnhof mit seinen nur acht Gleisen ergänzen und die Kapazität und die betriebliche Flexibilität des Bahnknotens erheblich erweitern. Diese Station könnte auch von der Gäubahnstrecke aus angebunden werden. Um die Überbaubarkeit des Gleisvorfeldes, die der Landeshauptstadt besonders wichtig ist, weiterhin in nahezu vollem Umfang zu ermöglichen, müssten die Gleise unter der Erde verschwinden. Für diese Station, die für das Wachstum im Bahnverkehr spätestens nach dem Jahr 2030 oder etwas später erforderlich ist, muss noch eine politische Mehrheit organisiert werden. Andernorts haben Anpassungen der Planungen aus den 1990er-Jahren bereits überzeugt: So an der Rohrer und der Wendlinger Kurve. An der nördlichen Zulaufstrecke bei Zuffenhausen und Feuerbach ist gerade beim Bund etwas in Bewegung geraten. Er lässt derzeit prüfen, ob ein 5. und 6. Gleis die notwendigen Voraussetzungen für den Deutschlandtakt schafft. Dieses bahnpolitische Ziel, mit dem optimierte Umsteigemöglichkeiten an Knotenbahnhöfen entstehen sollen, sollte auch Mehrheiten für die Ergänzungsstation überzeugen. Ob dem so ist wird sich spätestens im Herbst zeigen, wenn eine von Verkehrsminister Hermann ins Leben gerufene Arbeitsgruppe Ergebnisse vorlegt.



SYLVIA KOTTING-UHL

VORSITZENDE DES AUSSCHUSSES
FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

WWW.KOTTING-UHL.DE

Tel. 030 / 227-74740, Fax 030 / 227-76742, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe

Tel. 0721 / 151 86 87, Fax 0721 / 151 86 90, sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

ZEIT DER KRISE: TOOLS FÜR DIE BEWÄLTIGUNG DER ÖKOLOGISCHEN KRISE

Die Welt hält inne. Gesellschaftliches, politisches, wirtschaftliches Leben kommt zum Erliegen. Covid-19 bestimmt die Rahmenbedingungen des öffentlichen Lebens. Zwei Begriffe gewinnen an Bedeutung, die in „normalen“ Zeiten eher unterrepräsentiert schienen: Solidarität und Suffizienz. Beides wächst aus Mangel, den unsere Gesellschaft sonst nicht kennt. Zu beidem zeigt sich unsere Gesellschaft in ungeahntem Ausmaß in der Lage.

Jede Krise birgt ihre Chance – unter der Bereitschaft, in ihr und aus ihr zu lernen. Können die neu entdeckten gesamtgesellschaftlichen Fähigkeiten helfen, nicht nur diese, sondern auch die ökologische Krise zu überwinden? Eventuell zusammen mit einer dritten derzeit weithin sichtbaren Fähigkeit – der zur Disziplin?

SUFFIZIENZ

Wir wissen, was die Wurzel der ökologischen Krise ist: der ungehemmte Ressourcenverbrauch, unser ständig wachsender Konsum, der zu Klimazerstörung, Artensterben, Vermüllung des Planeten mitsamt seinen Ozeanen führt. Wir haben alle Grenzen längst überschritten. Der Club of Rome gab uns 1972 in seinem Bericht „Grenzen des Wachstums“ zwei Schlüsselbegriffe zur Lösung mit auf den Weg: Effizienz und Suffizienz. Effizienz hat in viele Bereiche Einzug gehalten, hält aber das Wachstum nicht auf, sondern bremst es in diesen Bereichen lediglich etwas ab, wie z.B. beim Energiebedarf, der trotzdem steigt. Politik und Wirtschaft ist bewusst, dass mehr Effizienzmaßnahmen möglich und nötig sind.

Nie eingesetzt wurde dagegen der Schlüssel Suffizienz. Er widerspricht unserem Wirtschaftsprinzip, das auf beständigem Wachstum fußt und dem Postulat der Wirtschaft, Konsum mache glücklich, obwohl alle Glücksforscher Anderes sagen. Auch zur These, nur ständig steigender Konsum schaffe die notwendigen Arbeitsplätze, gibt es Gegenentwürfe. Leider sind gerade auch wir Grüne oft ängstlich, Suffizienz als notwendigen Baustein der Lösung der ökologischen Krise zu benennen, weil es hier anders als bei Effizienz weniger um technische Umweltschutzstrategien als um Verhaltensänderungen geht. Das scheint der Gesellschaft nicht zumutbar. Und ist es doch ganz offensichtlich und weithin problemlos in der Corona-Krise. Weitaus gravierender für die Menschheit als die derzeitige Pandemie ist die Klimakrise. Natürlich lässt sie sich besser aus dem Hier und Jetzt verdrängen als die Pandemie, sie kommt schleichend, ist nicht plötzlich da. Und sie verlangt nachhaltige Verhaltensänderungen, nicht auf Zeit. Aber beweist die Gesellschaft nicht gerade ihre Bereitschaft, sich einer Krise adäquat zu verhalten, überdeutlich?

ÖKOLOGISCHER UMBAU JETZT

Das Klima ist Profiteur der Corona-Krise. Die Einschränkungen des Flugverkehrs, die Reduktion des Berufsverkehrs durch vermehrtes Arbeiten von Zuhause und der Stillstand vieler Fabriken verschaffen dem Klima durch sinkende CO₂-Emissionen eine Atempause. Deutschlands Klimaziele für 2020 könnten nun plötzlich doch erreicht oder sogar übertroffen werden. Angestrebt hatte die Bundesregierung eine Emissionsminderung von 40 Prozent im Vergleich zu 1990 und drohte sie sicher zu verfehlen. Agora Energiewende geht nun davon aus, dass die CO₂-Minderung zwischen 40 bis 45 Prozent liegen wird.

ZEIT DER KRISE

TOOLS FÜR DIE BEWÄLTIGUNG DER ÖKOLOGISCHEN KRISE



Nun ist diese Art von Stillstand keine Lösung. Der strukturelle Wandel, den wir für den Klimaschutz und zur Bewältigung der gesamten ökologischen Krise brauchen, kommt nicht durch eine Rezession. Aber warum die Rezession nicht nutzen, um den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft jetzt voranzutreiben? Es spricht nicht für Weitsicht, alle sonstigen Wahrheiten beiseite zu schieben und 750 Mrd Euro auszugeben, um Strukturen, von denen wir wissen, dass sie nicht zukunftsfähig sind, zu erhalten und womöglich zu verfestigen. Kluge Politik könnte die beiden Krisen – die, die uns jetzt überfallen hat und die, die deshalb nicht verschwindet – zusammen bearbeiten. Alles, was heute aus dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung in Kanäle der Vergangenheit geht, fehlt für die nötige Neuaufstellung der Zukunft. Jetzt ist Stillstand, jetzt ist die Zeit die ökologisch-soziale Transformation aufzubauen. Nie wieder in überschaubarer Zeit wird so viel staatliches Geld in die Wirtschaft fließen. Das Geld des Nachtrags Haushalts und des Wirtschaftsstabilisierungsfonds kann nur einmal ausgegeben werden. Mit nachhaltigem Einsatz dieser Gelder können heute die Weichen auf Zukunft gestellt werden.

Zuerst muss das Falsche gelassen werden. Vorschläge, CO₂-Bepreisungen aufzuheben, Grenzwerte aufzuweichen, die Erhöhung der Luftverkehrsabgabe zu verschieben oder den europäischen Green Deal auf Eis zu legen, sind solches Falsche, weil sie in der jetzigen Situation nicht einmal konjunkturelle Wirkung entfalten, für die Zeit danach den Klimaschutz aber noch mehr erschweren.

Ganz im Gegenteil könnte jetzt die Zeit sein, Austauschprogramme und Abwrackprämien für Klimaschädliches – also ein Gegenkonzept zur Abwrackprämie von 2009 – auf den Weg zu bringen.

Jetzt könnte die Mobilitätswende auf der Straße beginnen durch den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Und wenn die Automobilindustrie sich gerade alle Mühe gibt, ihre Produktion auf z.B. Beatmungsgeräte umzustellen, sollte ihr dann nicht auch gelingen, bis 2030 nur noch emissionsfreie Autos zu produzieren? Die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen könnte mit Digitalisierung für mehr Energie- und Ressourceneffizienz verbunden werden. Jetzt könnte begonnen werden, CO₂-freie Industrieprozesse und Verfahren in der Grundstoffindustrie auf den Weg zu bringen. ... und ... und. Um die Photovoltaikbranche zu stützen, müsste übrigens nur der Solardeckel endlich weg. Unterstützung und Förderung mit Zukunftsfähigkeit verbinden – unsere Wirtschaft nicht nur die Corona-Krise überstehen lassen, sondern gleichzeitig fit machen für die ökologische Krise und deren Herausforderungen. Die Zeit ist jetzt.

DIE GESELLSCHAFT KANN ES

Die Zeit des Stillstands wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Die Erfahrung, auf die elementaren Dinge des Lebens zurückgeworfen zu sein und die Erkenntnis, dass nicht jedes Problem der Welt technisch zu lösen ist, wird bleiben. Wie unverzichtbar in einer Gesellschaft Solidarität ist, wie überflüssig der ein oder andere Konsum – diese Erkenntnisse darf Politik nach der Krise nicht möglichst schnell versuchen vergessen zu machen, damit der alte Kreislauf in denselben Strukturen wieder beginnt. Vielmehr sollten wir das Angebot einer gereiften Gesellschaft, mit Krisen angemessen umzugehen, annehmen. Dann hat die schreckliche Krise mit ihren Opfern nicht nur ihre Chance, dann hat sie vielleicht sogar einen Sinn gehabt.



CHRIS KÜHN

SPRECHER FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

WWW.CHRISKUEHN.DE

Tel. 030 / 227-73097, Fax 030 / 227-76097, christian.kuehn@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Poststraße 2-4, 72072 Tübingen

Tel. 07071 / 9997958, christian.kuehn.ma04@bundestag.de

SCHUTZSCHIRM FÜR DAS WOHNEN IN DER KRISE

Der Schutz der Menschen und ihr Grundrecht auf Wohnen muss während der Corona-Pandemie oberstes Gebot sein. Niemand darf aufgrund der Coronakrise seine Wohnung verlieren. Spätestens jetzt wird klar, wie elementar die Wohnfrage wirklich ist. Denn in der Krise sind die Bürger*Innen noch mehr als sonst auf ihre Wohnung als Schutz- und Rückzugraum angewiesen. Sie ist für viele von uns angesichts von individuellen Quarantäneerfordernissen und der historisch beispiellosen Schließung von Arbeitsstätten, Schulen oder Kitas der einzig verbliebene Aufenthaltsort. Wenn das öffentliche Leben zum Erliegen kommt, müssen die eigenen vier Wände umso mehr gestärkt werden. Es versteht sich von selbst, dass sich Kündigungen von Mietverhältnissen oder gar Zwangsräumungen aufgrund von krisenbedingten Zahlungsengpässen in dieser Lage verbieten. Dasselbe gilt auch für Zwangsvollstreckungen bei Eigentumswohnungen, wenn laufende Kredite aufgrund der Krise plötzlich nicht mehr bedient werden können.

MIETKÜNDIGUNGEN STOPPEN

Mit Blick auf drohende Kündigungen hat der Bundestag schnell reagiert. In der letzten Woche wurde im beispiellos gerafften Verfahren ein Moratorium zum Kündigungsschutz auf den Weg gebracht. Hier hat Politik schnell reagiert, und das Parlament seine Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Es ist gut, dass Mieter*Innen nun nicht aufgrund von Corona-bedingten Liquiditätsproblemen gekündigt werden darf. Dies haben wir als Grüne nachdrücklich unterstützt und mitgetragen.

Allerdings ist das nun geltende Moratorium sehr kurzfristig angelegt. Es umfasst jetzt lediglich den Zeitraum vom 01. April bis 30. Juni 2020. Es ist jedoch absehbar,

dass sich die derzeitige Lage im Land bis weit über den Sommer hinaus hinziehen kann. Epidemiofolgen weisen wiederholt darauf hin. Von daher ist es unverständlich, warum die Zeitspanne hier von der Bundesregierung gegenüber einem zunächst vorgelegten Gesetzentwurf hektisch vom 30. September auf nun den 30. Juni verkürzt wurde.

Die neue Regelung ermöglicht eine Stundung der Mietnachzahlungen bis zum 30. Juni 2022. Dies verschafft vielen Mieter*Innen erstmal die nötige Luft. Wir werden uns als Grüne aber auch dafür einsetzen, dass es auch dann nicht zu einer finanziellen Überlastung kommt. Denn bereits jetzt erreichen oder überschreiten die in Deutschland durchschnittlichen Wohnkosten mit 29 Prozent vom Nettoeinkommen die Überlastungsgrenze von 30 Prozent. Das war vor der Krise schon sozialer Sprengstoff und wird es danach erst recht sein.

BÜNDEL VON MASSNAHMEN NÖTIG

Um gemeinsam einen wirksamen Schutzschirm des Wohnens über unser Land zu spannen, braucht es aber noch mehr. Auch Zwangsräumungen und Zwangsvollstreckungen müssen rechtssicher ausgesetzt werden. Das gilt im Übrigen auch für Gewerbemietverhältnisse. Private Vermieter*Innen, die aus der Vermietung von ein oder zwei Wohnungen ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten und laufende Verbindlichkeiten aus dem Erwerb dieser Wohnungen bedienen müssen, brauchen ebenfalls Schutz. Sie dürfen aufgrund der ausbleibenden Mietzahlungen nicht als Nächste ins Hintertreffen geraten. Deshalb ist es richtig, dass auch sie mit den Gesetzesänderungen bestehende Verbraucherdarlehensverträge während der Krise stunden können.

Doch es braucht mehr. Mit einem großen Fonds müssen wir jetzt die Liquidität von Wohnungsunternehmen und Vermietern sichern. Wir Grüne unterstützen den gemeinsamen Vorstoß vom Deutschen Mieterbund (DMB)

SCHUTZSCHIRM FÜR DAS WOHNEN IN DER KRISE



und dem GdW für einen solchen „Sicher-Wohnen-Fonds“. Ich bin der Meinung, dass an einem solchen Fond sich die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft selbst auch beteiligen sollte.

Grundsätzlich müssen wir jetzt an vielen Stellschrauben gleichzeitig drehen, um maximale Wirkung zu erzielen. Menschen mit Verdienstaustausch muss jetzt unbürokratisch und schnell Wohngeld von den zuständigen Behörden gewährt werden. Die Antragsstellung für das Wohngeld sollte durchgehend digital möglich sein. Ebenfalls braucht es jetzt eine wohlwollende Übernahme von Miet- und Energieschulden durch die Jobcenter. Großzügiges Ermessen, nicht Kleinlichkeit ist jetzt das Gebot guter Verwaltungspraxis. Auf keinen Fall dürfen wir in diesen Tagen die Schwächsten in unserer Gesellschaft vergessen. Menschen, die bereits wohnungs- oder obdachlos sind, leiden am stärksten unter der derzeitigen Situation. Ihnen fehlt ganz grundsätzlich ein eigener Schutzraum. Um die Ansteckungsgefahr in den häufig engen Unterkünften zu reduzieren, braucht es einen Anspruch auf Einzelunterbringung. Im Falle einer Corona-Infektion sind gar entsprechende Quarantänräume nötig.

In den Städten und Kommunen müssen hierfür jetzt wirksame Lösungen gefunden werden. So könnten etwa die Verträge mit auslaufenden Kältequartieren verlängert, oder Gespräche geführt werden, wie schutzsuchende Menschen schnell in leerstehenden Pensionen oder Hotels untergebracht werden können. Der Bürgermeister von London, Sadiq Khan, hat hier gemeinsam mit dem Hotelgewerbe eindrucksvoll gezeigt, wie so etwas geht.

GEMEINNÜTZIG IN DIE ZUKUNFT DES WOHNENS

Dies alles sind in der Krise richtige und wichtige Maßnahmen. Bereits heute sollten wir uns aber auch Gedanken über die Zukunft des Wohnens in Deutschland

machen. Es brauchte kein Corona, auch so wurde in den letzten Jahren immer deutlicher, was beim Wohnen schiefläuft: Einseitige Gewinnmaximierung, Entzug von dringend nötigem Bauland aus Gründen der Spekulation, Ausnutzen von Zwangslagen von Mieter*Innen, Rausmodernisieren und anderes mehr. Seit 1990 hat sich die Zahl der Sozialwohnungen mehr als halbiert – und es werden trotz großer Anstrengungen des Bundes jährlich 60.000 weniger. Viele Menschen finden aktuell keine bezahlbare Wohnung mehr.

Es ist Zeit für eine neue Wohnungspolitik. Nicht allein wegen der Krise. Aber wir brauchen wieder mehr Formen des Wohnens, die auch krisenfest sind. Deshalb machen wir Grüne uns für eine Neue Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) stark. Hierzu haben wir einen eigenen Gesetzentwurf (<https://gruenlink.de/1q56>) in den Bundestag eingebracht. Damit können wir in der Wohnungskrise endlich umsteuern und rund 1 Millionen günstige Mietwohnungen zusätzlich in den nächsten zehn Jahren schaffen. Gerade in oder nach der Corona-Krise kann dies darüber hinaus auch ein wichtiger Konjunktur-Baustein sein.

Das Prinzip der NWG ist, dass am Gemeinwohl orientierte Investoren mit dem Programm einen Investitionszuschuss von bis zu 20 Prozent für jede neue dauerhaft günstige Wohnung erhalten. Außerdem werden sie von Steuerzahlungen befreit. Im Gegenzug werden die geförderten Wohnungen dauerhaft günstig Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in den Städten angeboten. Die Wirtschaftlichkeit dieses Programms ist belegt.

Gehen wir jetzt mutig gemeinsam neue Wege. Hin zu mehr Gemeinwohl und zu mehr Menschlichkeit. Ich bin überzeugt, nur gemeinsam und mit viel Solidarität werden wir sowohl die Coronakrise, als auch die Krise auf unseren Wohnungsmärkten in den Griff bekommen.



BEATE MÜLLER-GEMMEKE

SPRECHERIN FÜR ARBEITNEHMERINNENRECHTE
UND AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

WWW.MUELLER-GEMMEKE.DE

Tel. 030 / 227-73041 Fax 030 / 227-76041 beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gartenstraße 18, 72764 Reutlingen

Tel. 07121 / 9092411, Fax 07121 / 9943186, beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

ARBEIT UND SOZIALES IN ZEITEN DER CORONA-PANDEMIE

Die Corona-Pandemie stellt uns alle – die Politik und die Gesellschaft – vor große Herausforderungen.

Die höchste Priorität haben jetzt alle Maßnahmen, die dazu beitragen, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und insbesondere ältere Menschen und Vorerkrankte zu schützen. Deshalb muss alles dafür getan werden, dass eine Überlastung unseres Gesundheitssystems verhindert wird. Diese notwendigen Schutzmaßnahmen haben enorme Auswirkungen auf unser privates und gesellschaftliches Leben, aber vor allem auch auf die Wirtschaft – und davon sind wir alle ganz existenziell betroffen.

Lieferketten sind teils zusammengebrochen. Große wie kleine Unternehmen müssen deshalb ihre Produktion weitgehend herunterfahren. Manche Branchen sind komplett zum Stillstand gekommen, beispielsweise Tourismus, Hotel- und Gaststättengewerbe, oder der Freizeit- und Sportbereich. Sie alle, aber auch kleine und mittelständische Betriebe, Solo-Selbstständige, Kultureinrichtungen und soziale Dienstleister brauchen dringend staatliche Unterstützung, weil sonst ganz schnell Insolvenz droht und die Menschen nicht mehr von ihrer Arbeit leben können. In so einer Zeit müssen Regierung und Opposition zusammen arbeiten, und deshalb haben wir der Bundesregierung eine konstruktive Mitarbeit angeboten.

VERBESSERTE KURZARBEIT

Bereits am 13. März haben Bundestag und Bundesrat in einem beispiellosen Schnellverfahren erste Schritte unternommen, um zu helfen. Die Regelungen zum Kurzarbeitergeld wurden ausgeweitet und Hürden abgesenkt. Wir haben diesem Gesetz zugestimmt, weil es wichtig ist, jetzt einen Schutzschirm für Arbeitsplätze aufzu-

spannen. In manchen Branchen übernehmen die Unternehmen tatsächlich Verantwortung und nutzen in der Kurzarbeit die arbeitgeberseitig komplett erlassenen Sozialversicherungsbeiträge, um damit das Kurzarbeitergeld tariflich in Richtung 100 Prozent aufzustocken. Aber genau an dieser Stelle muss ganz dringend nachgebessert werden. Denn auch in Branchen ohne Tarifbindung bekommen die Unternehmen die Sozialabgaben vollständig zu 100 Prozent erstattet. Von diesem Geld aber sehen die Beschäftigten fast immer rein gar nichts. Sie haben stattdessen enorme Lohneinbußen. Denn ihr Nettolohn beträgt in Kurzarbeit nur 60 bzw. 67 Prozent (mit Kindern), und gerade in schlecht entlohnten Berufen kommen die Beschäftigten damit nicht über die Runden. Sie werden von heute auf morgen zu Hartz IV-Aufstockern. Die Lasten sind also sehr unterschiedlich verteilt. Das ist nicht gerecht und das wollen wir ändern. Das Kurzarbeitergeld muss unbedingt erhöht werden. Wer wenig verdient, soll ein höheres Kurzarbeitergeld erhalten. Denn wir dürfen die Beschäftigte, die schlecht entlohnt werden, nicht alleine lassen.

UNBÜROKRATISCHE GRUNDSICHERUNG

Gut zehn Tage später, am 24. März, wurde dann erneut in einem Eilverfahren ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das weitere Folgen der Corona-Pandemie abfedern soll. Konkret beschlossen wurde in meinem Ausschuss das Sozialschutz-Paket. Wer finanzielle Unterstützung braucht, soll damit unbürokratisch und schnell Hilfe erhalten. Deshalb wurde der Zugang zu Grundsicherungsleistungen erleichtert. So entfällt etwa die Vermögensprüfung. Die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung werden als angemessen anerkannt. Außerdem sieht das Gesetz Erleichterungen bei der Beantragung des Kinderzuschlags vor.

ARBEIT & SOZIALES IN ZEITEN DER CORONA-PANDEMIE



Doch das Gesetz hat auch eine Leerstelle und die trifft gerade die Ärmsten. Denn der Regelsatz für Kinder und Erwachsene in Hartz IV ist seit vielen Jahren viel zu niedrig und reicht hinten und vorne nicht. Wenn jetzt viele Tafeln aufgrund der Pandemie geschlossen haben und günstige Lebensmittel aufgrund von Hamsterkäufen schnell vergriffen sind, dann wird das Leben für jeden Hartz-IV-Haushalt deutlich teurer. Deshalb muss auch hier nachgebessert werden. Wir fordern daher einen Aufschlag auf den Regelsatz bei Hartz-IV und zwar für Erwachsene und auch für Kinder.

RETTUNGSSCHIRM FÜR DIE SOZIALEN DIENSTE

Gleichzeitig wird mit dem Sozialschutz-Paket ein Rettungsschirm für die sozialen Dienste und Einrichtungen gespannt. Eine ausreichende Finanzierung durch die jeweiligen Leistungsträger ist hier gerade jetzt unabdingbar, um beispielsweise Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Eingliederungshilfe, der Rehabilitation oder der Wohnungslosenhilfe auf eine solide Grundlage stellen zu können. Die jetzt verabschiedeten Stabilisierungsmaßnahmen gehen in die richtige Richtung. Unklar ist dennoch, wie gemeinnützige Träger ohne jede Grundfinanzierung oder Rücklagen (z.B. in der Arbeitsförderung) mit dem vorgesehenen Zuschuss von 75 Prozent der durchschnittlichen Zahlungen des letzten Jahres weiterexistieren können. Die Umsetzung werden wir ganz genau im Blick behalten, denn unsere soziale Trägerlandschaft ist wichtig und muss erhalten bleiben.

FAIRE LÖHNE – GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN

Mit dem Sozialschutz-Paket hat die Bundesregierung auch eine befristete Änderung beim Arbeitszeitgesetz vorgenommen. Danach ist die Regierung ermächtigt, zur Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens oder zur Versorgung der Bevölkerung mit existentiellen Gütern die täglichen Arbeitszeiten über die gesetzlichen Beschrän-

kungen hinaus zu verlängern oder Ruhezeiten zu verkürzen. Dieser Änderung haben wir nicht zugestimmt, denn sie ist unserer Ansicht nach in Zeiten einer Pandemie völlig kontraproduktiv. Beispielsweise für die stark belasteten Beschäftigten in den Supermärkten sind Ruhezeiten der beste Gesundheitsschutz – und auch für sie gilt: zu lange Arbeitszeiten machen schneller krank.

Die Regelung betrifft vor allem auch die so genannten entsandten Beschäftigten. Weil die Arbeitnehmer-Freizügigkeit eingeschränkt wurde, fehlen jetzt Arbeitskräfte aus Osteuropa, beispielsweise in der Landwirtschaft, Fleischindustrie, bei den Paketdiensten oder auch im Bereich der 24-Stunden-Pflege. Und sofort kommt die Forderung, dass die, die noch da sind, mehr und länger arbeiten sollen. Das ist der falsche Weg. Migrant*innen, die noch im Land sind, dürfen nicht noch mehr ausgebeutet werden. Im Gegenteil – auch sie müssen beispielsweise in Quarantäne gehen können und zwar entlohnt. Wenn Tätigkeiten wichtig sind, dann braucht es Anreize, fairen Lohn und gute Arbeitsbedingungen, damit ausreichend viele Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Es ist beeindruckend, wie viele Menschen in dieser Zeit unser Land trotz aller widrigen Umstände am Laufen halten. Da sind all diejenigen, die im Gesundheitsbereich und in der Pflege arbeiten, die LKW-Fahrer*innen, die Lebensmittel liefern, die Verkäufer*innen in den Supermärkten, die Polizistinnen und Feuerwehrleute, Reinigungskräfte und die Beschäftigten bei der Müllabfuhr. Heute müssen wir sie bei ihrer schwierigen Arbeit unterstützen. Wir müssen diesen Menschen aber auch zusage: Eure berechtigten Fragen nach mehr Personal im Gesundheitsbereich oder einem besseren Lohn für Reinigungskräfte, im Supermarkt oder in der Pflege werden wir nicht vergessen. Wir werden uns definitiv darum kümmern!



CEM ÖZDEMİR

VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES
FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR

WWW.OEZDEMIR.DE

Tel. 030 / 227-75070, Fax 030 / 227-76069, cem.oezdemir@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Königstrasse 78, 70173 Stuttgart

Tel. 0711 / 65 83 29 00, Fax 0711 / 65 83 29 01, cem.oezdemir.wk@bundestag.de

DIE CORONA-KRISE VERÄNDERT DIE WELT

V Innerhalb kürzester Zeit hat sich unser aller Leben radikal verändert. So vieles, was für uns selbstverständlich war, findet nicht mehr statt: Sich mit Freund*innen und Familie treffen, in Restaurants, Kinos, Clubs, Museen, zum Sport oder ins Theater gehen, einander umarmen, unbeschwert mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, verreisen und vieles mehr. Der gemeinsame Alltag im Büro fällt häufig weg, viele Eltern betreuen oder unterrichten ihre Kinder zuhause, viele Großeltern sehen ihre Enkelkinder nicht mehr.

Und viele arbeiten an vorderster Front mit, um die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen, unsere medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten und unsere Infrastruktur am Laufen zu halten: in den Krankenhäusern und Altersheimen, bei der Betreuung von Menschen mit Behinderung, an den Supermarktkassen und bei der Müllabfuhr, in der Logistik, im ÖPNV und Zugverkehr, bei der Belieferung der Supermärkte, Krankenhäuser und Apotheken. Sie und so viele mehr leisten gerade Höchstarbeit – und haben nicht das Privileg, im geschützten Raum „home office“ machen zu können. Ihnen allen gehört mein größter Respekt und Dank!

Der Bundestag hat Ende März in einer Minimalbesetzung die sogenannten Corona-Gesetze verabschiedet, um die drastischen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise aufzufangen. Ich selbst war zu dem Zeitpunkt noch in Quarantäne, nachdem ich positiv auf Corona getestet worden war. Zum Glück hatte ich nur milde Symptome und auch meiner Familie geht es gut. Mittlerweile bin ich wieder negativ getestet worden, habe also die Krankheit überwunden. Meine häusliche Quarantäne hat das Gesundheitsamt aufgehoben, aber grundsätzlich gilt weiterhin: Wir bleiben zuhause und gehen nur dann raus, wenn es sein muss. Sobald ich wieder darf, will ich Blut spenden, um u.a. die For-

schung zur Bekämpfung dieses schrecklichen Virus zu unterstützen. Covid19 verläuft nicht immer so glimpflich, wie das glücklicherweise bei mir der Fall war. Jetzt gilt es, dass wir alle daran mitarbeiten, die Kurve der Neuinfektionen flach zu halten und unsere Krankenhäuser und Pflegepersonal zu entlasten. Das ist nicht nur wichtig, um alle Infizierten angemessen behandeln zu können, sondern betrifft uns alle, wenn wir oder unsere Lieben im Falle einer Krankheit oder Unfall medizinische Versorgung brauchen sollten.

UNSERE INTERNATIONALE VERANTWORTUNG WÄCHST MIT CORONA

Die Welt wird eine andere sein, wenn diese Krise zu Ende geht. Die Corona-Krise hat das Potential, auch die internationale Ordnung zu verändern. Das wären keine guten Nachrichten für den Multilateralismus. Dabei ist dieser ja schon jetzt durch einen US-Präsidenten, der lieber auf „America first“ statt internationale Verantwortung setzt, erheblich geschwächt. Und durch ein Russland unter Wladimir Putin, das den UN-Sicherheitsrat blockiert, Teile der Ukraine besetzt hält und in Syrien schlimmste Kriegsverbrechen begeht.

Corona ist eine globale Herausforderung, die wir nur gemeinsam lösen können. Wenn ein Land unter den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise in schwieriges Fahrwasser gerät, dann betrifft uns das in einer eng vernetzten Welt alle. Historisch gesehen haben Pandemien stets die ärmsten Länder am schwersten getroffen. Wenn wir sehen, welche Herausforderung Corona für unser Gesundheitssystem bedeutet, eines der besten der Welt, das allen Menschen im Land zugänglich ist, dann mag man sich kaum ausmalen, was Corona für viele andere Staaten und Regionen bedeutet. So stehen beispielsweise in der syrischen Region Idlib, an der Grenze zur Türkei, ganze 50 Beatmungsmaschinen zur Verfügung – für drei Millionen

DIE CORONA-KRISE VERÄNDERT DIE WELT



Menschen. Zahlreiche Krankenhäuser wurden in Syrien durch Assad und Putin in Grund und Boden gebombt. Uganda hat mehr Minister im Kabinett als Intensivbetten. Indien hat seine 1,3 Milliarden Einwohner*innen unter Quarantäne gestellt. Die Krise verschärft soziale Ungleichheiten bei uns wie weltweit: Die Isolation ist leichter zu ertragen, die Hygieneregeln einfacher zu befolgen, der Virus besser zu bewältigen, wenn Menschen finanziell abgesichert sind, Platz haben, Zugang zu fließendem Wasser, gesunder Ernährung und guter medizinischer Versorgung.

CORONA-KRISE IN DEN USA SCHWÄCHT SCHWÄCHT INTERNATIONALE ORDNUNG

Auch in den USA deuten sich dramatische Folgen der Corona-Krise an. Mehr als drei Millionen Menschen haben bereits ihre Jobs verloren – und viele damit auch ihre Krankenversicherung, die häufig über den Arbeitgeber läuft. Präsident Trump wechselt täglich seine Einschätzung und Strategie. Als die ersten Fälle im Land auftraten, zeigte er sich „nicht besorgt“ und gaukelte später vor, nach Ostern sei die Krise überwunden. Mit diesem Führungsversagen setzt er nicht nur das Wohlergehen seines Landes aufs Spiel. Aus der Finanzkrise 2008/2009 wissen wir, dass eine Krise der USA weitreichende Folgen für die Weltwirtschaft hat. Und die USA werden künftig nicht nur weniger bereit, sondern auch weniger in der Lage sein, international Verantwortung zu übernehmen. Umso mehr wird es auf Europa ankommen, auf die absehbaren humanitären Katastrophen, die Corona in vielen Ländern hervorrufen wird, zu reagieren.

Europa muss nun entschlossen und gemeinsam handeln. Die Grenzen sind dicht, aber das europäische Projekt lebt weiter und ist gerade jetzt besonders relevant. Wir können durch diese Krise kommen, wenn wir uns

gegenseitig helfen. Es ist richtig, dass die Landesregierung unter Winfried Kretschmann schwerkranke Covid19-Patient*innen aus Frankreich aufgenommen hat und auch andere Bundesländer unseren europäischen Nachbarn unter die Arme greifen. Die Krise eines EU-Mitgliedstaats ist eine Krise von uns allen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Italien als drittgrößter Eurostaat in der Krise versinkt. Wir Grüne fordern daher sogenannte Corona-Bonds, um die durch die Pandemie verursachte Schuldenlast in Europa gemeinsam zu tragen.

CORONA-KRISE IN DEN USA SCHWÄCHT Autokraten bauen ihre Macht aus

Die Corona-Krise ist auch eine Krise der Demokratie. In Ländern, wo autoritäre Herrscher an der Macht sind, versagen diese nicht nur kläglich im Angesicht der Krise, sondern nutzen sie zynisch und unverfroren zum eigenen Machtaufbau. So regiert in Ungarn nun Victor Orbán ohne Einbezug des Parlaments, die Demokratie im Land ist praktisch auf Eis gelegt. Und während in Polen die Opposition ihren Wahlkampf abgesagt hat, tourt der Kandidat der Regierungspartei, Präsident Duda, weiter durchs Land und tritt im Fernsehen auf.

Die Menschen in unserem Land, in Europa und vielen Teilen der Welt vollbringen gerade eine enorme Leistung, indem sie auf Sozialkontakte verzichten und wirtschaftliche Einbußen in Kauf nehmen. Es ist toll zu sehen, wie wir als Gemeinschaft funktionieren. Die Einschränkungen verlangen uns allen viel ab. Klar muss daher sein: in einer liberalen Demokratie dürfen die weitreichende Einschnitte in unsere Freiheit kein Dauerzustand sein. Ich bin gerade besonders froh, dass wir nicht von Rechtspopulisten regiert werden.



CHARLOTTE SCHNEIDEWIND-HARTNAGEL

MITGLIED IM FAMILIENAUSSCHUSS UND IN DER KINDERKOMMISSION

WWW.CHARLOTTE-SCHNEIDEWIND.DE

Tel. 030 / 227- 75005, Fax 030 / 227- 70006, charlotte.schneidewind-hartnagel@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gartenweg 10, 74821 Mosbach

WAHLKREISBÜRO Obere Mauergasse 60, 97980 Bad Mergentheim

charlotte-schneidewind-hartnagel.wk@bundestag.de

ZUSAMMENHALTEN – UND ALS GEMEINSCHAFT WACHSEN

Die ersten drei Monate im Jahr 2020 haben uns deutlich gezeigt, dass wir in vielen Bereichen umdenken und unser Handeln verändern müssen. Es wirkt, als bewegten wir uns von einem Ausnahmezustand zum nächsten: Den Februar prägte der Rechtsextremismus, von den demokratiezermürbenden Spielchen in Erfurt bis hin zum Terror in Hanau. Im März kam die Coronakrise, die uns noch lange begleiten wird.

So unterschiedlich die Situationen sind, beide erfordern, dass wir als Gesellschaft zusammenhalten. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass dieser Zusammenhalt nicht nur ein vorübergehender ist, sondern dass aus ihm eine bessere und gerechtere Zukunft entstehen kann.

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

Der absolute Tiefpunkt im Februar war der rechtsterroristische Anschlag gegen unsere freie, demokratische und friedliche Gesellschaft, der in Hanau neun Unschuldige das Leben kostete. Dass wir um die Opfer trauern, darf uns nicht sprachlos machen. Wir Demokrat*innen dürfen nicht schweigend zusehen, wie einige Wenige am Fundament unserer Demokratie rütteln.

In Hanau sind auch deshalb Menschen gestorben, weil die AfD und andere Rassismus (wieder) gesellschaftsfähig machen. Wenn Bürger*innen sagen, vor Ort seien die Vertreter*innen der AfD harmlos, nett und anständig, dann müssen wir beherzt widersprechen.

Faschist*innen sind nicht harmlos! Ihre Wähler*innen auch nicht! Dass sie demokratisch gewählt wurden, macht Vertreter*innen der AfD noch lange nicht zu Demokrat*innen.

Und wenn der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck ausgerechnet nach Hanau öffentlich zu einer „erweiterten Toleranz“ gegenüber rechts aufruft, muss uns das mindestens irritieren. Ich habe Herrn Gauck daraufhin einen offenen Brief geschrieben (nachzulesen hier: <https://t1p.de/sbjk>), weil Toleranz gegen Intoleranz uns nicht stärkt sondern schwächt.

ZUSAMMENHALT BEWAHREN

Ich möchte nicht von „Chancen“ sprechen, die sich aus der Coronakrise ergeben könnten. Das kommt mir zynisch vor. Wir können aber sehr wohl etwas aus dieser Ausnahmesituation lernen.

- **Wir sind zu Zusammenhalt fähig.** Als Grüne haben wir den Anspruch, diesen Zusammenhalt zu fördern und zum Zukunftsmodell auszuweiten. Nur in der Gemeinschaft können wir mehr erreichen.

- **Wir sind in der Lage, unsere Verhaltensweisen schnell zu ändern.** Blicken wir auf die Klimakrise, auf das Gefälle zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West, zwischen arm und reich, die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, usw. – wir können die Fähigkeit der Menschen zu schnellen Veränderungen nutzen, um eine bessere Gesellschaft zu entwickeln.

- **Die Populisten haben in der Krise keine Antworten.**

Wir müssen entlarven, dass rechte Demagog*innen nichts anzubieten haben, wenn es darauf ankommt. Im Spalten und Hetzen sind sie unschlagbar, im Unterstützen von Menschen sind sie unfähig.

VERANTWORTUNGSBEWUSST IN DER KRISE

Wir alle befinden uns in einer außergewöhnlichen Situation. Die bringt es mit sich, dass Gesetze im Eiltempo verabschiedet werden. Manchmal sind sie mit

ZUSAMMENHALTEN UND ALS GEMEINSCHAFT WACHSEN



heißen Nadel gestrickt. Deshalb bringen wir uns als Oppositionsfraktion verantwortungsbewusst und kritisch-konstruktiv ein, denn wir ziehen alle an einem Strang. Damit wir Ergebnisse erzielen, die sich im Alltag als praktikabel erweisen, wollen wir Herz und Ohr dicht an den Menschen, Verbänden und Organisationen haben, die die Bedürfnisse und Anforderungen aus der täglichen Arbeit am besten kennen.

Die Coronakrise belastet viele Familien enorm. Schulen, Kitas und ambulante Pflegeeinrichtungen sind geschlossen, und Familien müssen die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen neu organisieren. Besonders schwierig ist das damit verbundene Jonglieren von Arbeits- und Betreuungszeiten für Alleinerziehende. Familien-, Arbeits- und Schul- bzw. Kitaleben finden nun oft am gleichen Ort statt. Das verlangt Eltern und Kindern ein hohes Maß an Geduld und Flexibilität ab. Kontaktverbote und die weitgehende Stilllegung des öffentlichen Lebens erschweren die Situation. Hinzu kommen wachsende Existenzängste: Viele Eltern bangen um ihren Arbeitsplatz und das finanzielle Auskommen ihrer Familie.

Gemeinsam müssen wir alles Erforderliche tun, um unser Gesundheitswesen zu unterstützen, Arbeitsplätze zu erhalten und niemanden zurückzulassen. Es wurden bereits wichtige Schritte beschlossen:

- Lohnersatzleistungen für alle, die Kinder zu Hause betreuen und deshalb nicht arbeiten können
- Herabgesetzte Zugangsvoraussetzungen für Kinderzuschlag und Grundsicherung
- Vereinfachungen beim Kurzarbeiter*innengeld
- Ein Rettungsschirm von 750 Mrd. Euro

VERÄNDERUNG GESTALTEN

Viele soziale Dienste fallen unter den Rettungsschirm. Dennoch müssen weitere Schritte folgen, um Lücken zu schließen. Wir dürfen vor allem die Familien nicht aus dem Blick verlieren, die schon vor Corona arm waren. Kostenloses Mittagessen in Schule und Kita fallen weg, Tafeln schließen und wegen Hamsterkäufen finden sich im Supermarkt nur noch die teuersten Lebensmittel. In dieser Situation brauchen diese Menschen zusätzliche Unterstützung.

Es geht aber nicht nur um das Abmildern finanzieller Folgen. Viel mehr Frauen und Kinder als sonst sind von häuslicher und sexualisierter Gewalt bedroht, wenn Quarantänen und Ausgangsbeschränkungen greifen. Beratungen und Hausbesuche müssen weiterhin möglich, Schutzräume zugänglich sein.

Wir wollen und müssen Veränderung jetzt gestalten. Damit alles, was wir im Bundestag beschließen, wie beabsichtigt in der Praxis wirkt, brauchen wir engen Kontakt mit Verbänden und Akteur*innen vor Ort: Welche Hilfe wird konkret gebraucht? Wie läuft es mit der Umsetzung von Beschlüssen auf der Landesebene und in den Kommunen? Wo besteht Änderungsbedarf? Wer fällt durchs Raster? Und was sollten wir auf lange Sicht aus dieser Ausnahmesituation lernen? Ich denke dabei nicht zuletzt an die angemessene Anerkennung und Entlohnung von Care-Arbeit, die häufig von Frauen geleistet wird und deren Bedeutung spätestens in der Coronakrise unübersehbar wird.

Trotz aller Hiobsbotschaften: Einfallsreichtum, Solidarität und Mut auf allen Ebenen der Gesellschaft sind beeindruckend und bestärken mich in der Hoffnung, dass wir diese Krise nicht nur meistern sondern als Gemeinschaft an ihr wachsen werden.



MARGIT STUMPP

SPRECHERIN FÜR BILDUNGS- UND MEDIENPOLITIK & DIGITALE INFRASTRUKTUR

WWW.MARGIT-STUMPP.DE Tel. 030 / 227-77236, margit.stumpp@bundestag.de

WAHLKREISBÜROS 1. Schnaitheimer Str. 40, 89520 Heidenheim an der Brenz, Tel. 07321 / 3530924, margit.stumpp.ma03@bundestag.de

2. Umwelthaus Aalen, Gmünder Str. 9, 73430 Aalen, Tel. 0151 / 50768901, margit.stumpp.ma05@bundestag.de

BILDUNG, CORONA UND PLÖTZLICH DIGITALE KLASSENZIMMER

Eines ist sicher: Die Corona-Pandemie wird das Schulsystem nachhaltiger verändern als sämtliche Bildungsreformen von Bund und Ländern in der letzten Jahren zusammen. Das ist sowohl Ausdruck der Covid-19-Krise als auch politischer Versäumnisse. Angesichts der Lage wird einfach gemacht und das ist auch gut so: Die Anmeldezahlen der Lernplattformen schießen durch die Decke, die Server ächzen an der Belastungsgrenze, die Mediatheken der Öffentlich-Rechtlichen werden zum virtuellen Klassenzimmer und Lehrkräfte machen möglich, was irgendwie nur geht. Das ist der Situation angemessen, besser wäre es natürlich gewesen, solche Systeme mit Bedacht aufzubauen: dezentrale und zentrale Server, datenschutzkonforme Clouds, Befähigung der Lehrkräfte und Schüler*innen. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

DANK UND RESPEKT FÜR DIE PÄDAGOGISCHEN FACHKRÄFTE

Dabei ist klar: Die Rahmenbedingungen sind nicht ideal, aber der Einsatz und das Engagement der Lehrerinnen, Lehrer, Schulleitungen und Schulträger, das Beste aus der aktuellen Situation zu machen, ist enorm. Dafür gebührt ihnen besonderer Dank und Wertschätzung.

Von wegen Coronaferien: Nach meiner Einschätzung und den Informationen, die ich bekomme, arbeiten alle Beteiligten seit Wochen mit Hochdruck daran, sämtliche Wege zu nutzen, Schülerinnen und Schüler weiterhin mit Aufgaben, Material, Tutorials, Links, Arbeitsblättern, Stoffsammlungen kurz: allem Notwendigen zu versorgen, um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Meinen herzlichen Dank dafür an dieser Stelle!

SCHULEN BRAUCHEN IT-PERSONAL

In dieser Situation hilft der Digitalpakt Schule auch nur begrenzt. Seit einem Jahr sollen nun 5 Milliarden Euro an die Schulen fließen, angekommen ist erst ein Bruchteil, in manchen Ländern wurde noch kein Cent ausgegeben – trotz wirklich langer Vorlaufzeit. Der Digitalpakt wurde über Jahre angekündigt, leider haben in dieser Zeit viele, vor allem finanziell klamme Schulträger gewartet statt investiert, was sich nun rächt. Jetzt wird langsam nachgeholt, was eh schon zu spät kam und zu wenig ist. Und dann auch noch Corona.

Wir haben die Grundgesetzänderung mitgetragen, damit endlich auch der Bund seiner Verantwortung für die Bildungsfinanzierung gerecht wird. Ein Punkt war dabei zentral: Der Bund darf jetzt endlich auch befristet (auch nicht-pädagogisches) Personal finanzieren, aber das wurde im Digitalpakt durch die vorauseilende Bund-Länder-Vereinbarung unverständlicherweise explizit ausgeschlossen; ein großer Fehler. Nachdem sich Bund und Länder inzwischen geeinigt haben, in dieser Bildungskrise Digitalpaktmittel außerplanmäßig für Lernsoftware nutzen zu können – was ich unbedingt unterstütze –, brauchen wir jetzt auch eine Öffnung für IT-Personal an den Schulen, damit diese schnellstmöglich kompetent und in der Breite auf digitales Lernen umschalten können (<https://gruenlink.de/1q3y>).

Die aktuelle Situation mit Homeschooling, E-Learning und virtuellen Klassenzimmern dienen als Katalysatoren für die Digitalisierung der Bildung, die unbedingt genutzt und gestaltet werden muss. Es ist allen Beteiligten klar, dass der Digitalpakt nur eine Anschubfinanzierung sein kann. Wir brauchen einen Digitalpakt+ zur Verstärkung, mindestens zur Weiterführung. Alles andere wäre fahrlässig und unverantwortlich und würde unnötigerweise Vertrauen verspielen.

BILDUNG, CORONA UND PLÖTZLICH DIGITALE KLASSENZIMMER

AUCH DIGITALE BILDUNG MUSS GERECHT SEIN

Digitaler Unterricht darf die Bildungsungerechtigkeit nicht noch weiter vergrößern. Den Bildungserfolg vom Elternhaus zu entkoppeln, bleibt auch und gerade bei der Digitalisierung des Unterrichts oberste bildungspolitische Priorität. Wir müssen unbedingt sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler ein Endgerät zur Verfügung haben, mit dem sie bei den – aktuellen und künftigen – digitalen Bildungsangeboten mitmachen können. Wer digitales Lernen zur Regel macht – und das passiert gerade – muss auch die entsprechenden Lernmittel zur Verfügung stellen. Digitalisierung darf nie zum Selbstzweck werden, sondern muss immer den Erfordernissen der Pädagogik folgen. Das heißt konkret, auch die zu unterstützen, die nicht so schnell folgen können und besondere Förderung brauchen.

BUNDESZENTRALE FÜR DIGITALE UND MEDIENBILDUNG

Um diesen aktuellen digitalen Bildungsschub nachhaltig zu gestalten und dem Digitalpakt doch noch zum Erfolg zu verhelfen, müssen wir zwingend die Lehrkräfte in die Lage versetzen, die vorhandenen digitalen Werkzeuge didaktisch sinnvoll einzusetzen und bestehende Angebote zu finden und zu nutzen. Wie groß der Bedarf ist, hat erst kürzlich die ICILS-Studie (<https://gruenlink.de/1q4z>) gezeigt, nach der deutsche Schüler*innen nur über mittelmäßige Digitalkompetenzen verfügen. Es ist jetzt Aufgabe von Bund und Länder, das zu ändern. Aus diesem Grund habe ich das Konzept einer „Bundeszentrale für digitale und Medienbildung“ in den Bundestag eingebracht (<https://gruenlink.de/1q3x>). Lehrkräfte und alle Interessierten sollen eine zentrale Anlaufstelle bekommen, statt sich selbst durch den Dschungel an Angeboten on- und offline schlagen zu müssen. Ihnen ist nicht zuzumuten, selbst herauszufinden, ob ein Angebot geeignet, unabhängig oder qualitativ in Ordnung

ist. Das macht die neue Bundeszentrale für sie, indem sie bestehende Angebote bündelt, auf Qualität überprüft und ansprechend präsentiert; online und als App. Mit der Marke „Bundeszentrale“ und einem jährlichen Budget von 10 Millionen Euro machen wir deutlich, dass es sich hier nicht nur um ein weiteres Projekt neben vielen anderen handelt, sondern wir digitale und Medienbildung auf eine neue Stufe mit einer starken Dachstruktur heben, die vertrauenswürdige Angebote niederschwellig zugänglich macht.

BEDARF NACH ANGEBOTEN STEIGT STETIG

Bereits während meiner eigenen Lehrtätigkeit an der HeidTech in Heidenheim, wo ich auch für die Systemadministration verantwortlich war, habe ich immer wieder gemerkt, dass viele Kolleg*innen Berührungängste mit neuen technischen Möglichkeiten haben und sich davor scheuen, diese im Unterricht einzusetzen. Dies wurde mir auch in vielen Gesprächen von anderen Praktiker*innen berichtet. Ein Grund sind Zweifel an der Zuverlässigkeit der Technik und schlechte Erfahrungen mit der Funktionsfähigkeit der Hardware. Deswegen brauchen Schulen eine verfügbare und verlässliche Administration. Ein anderer Grund ist die fehlende Orientierung im Dschungel der digitalen Angebote. Der Bedarf an vertrauenswürdigen Angeboten und einer kompetenten Anlaufstelle besteht nicht erst seit Umsetzung des Digitalpakts und erfährt im Zuge der aktuellen Schulschließungen eine ungeahnte Dynamik.

Mit der Bundeszentrale für digitale und Medienbildung wollen wir einen Aufbruch einläuten für mehr Kompetenzen in den Bereichen Digitalisierung, Informatik und Medien. Sie ebnet den Weg, den digitalen Wandel selbstbestimmt, kompetent und kritisch zu gestalten, jetzt und in hoffentlich bald wieder geregelteren Zeiten.



GERHARD ZICKENHEINER

WWW.GERHARD-ZICKENHEINER.DE

Tel. 030 / 227-74535, Fax 030 / 227-76656, gerhard.zickenheiner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Spitalstraße 56, 79539 Lörrach

Tel. 07621 94 90 471, gerhard.zickenheiner.wk@bundestag.de

EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT ANSTELLE NATIONALER ALLEINGÄNGE

Unsere Welt steht vor einer großen Transformation. Um die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 zu erreichen, bleiben uns noch 10 Jahre. Wir wissen, dass gerade auch Deutschland in deren Umsetzung hinterherhinkt. Auf dem Weg in ein klimaneutrales Deutschland und ein klimaneutrales Europa bis spätestens 2050 zeigt sich: Die 2030-Ziele wurden faktisch aufgegeben. Das „Klimapaket“ der Bundesregierung vom September 2019 war eine riesige Enttäuschung. Der Green Deal, das Arbeitsprogramm der EU-Kommission, gab Anlass zur Hoffnung. Diese wurde aber bereits im ersten Schritt zur Konkretisierung des Green Deals gedämpft, durch das kürzlich vorgelegte Klimaschutzgesetz der EU. Denn der Gesetzesvorschlag schiebt die Entscheidungen wieder mal auf die lange Bank: Ohne ambitionierte Zwischenziele für 2030 (wir GRÜNEN fordern mindestens 55 Prozent Emissionsreduktion im Vergleich zu 1990 auf europäischer Ebene) und 2040, werden wir weder die Klimaneutralität bis 2050 erreichen, noch eine Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad.

Damit kann dieses Klimaschutzgesetz nicht dazu beitragen, dass die EU ihren Anteil an der weltweiten Umsetzung des Pariser Klimaabkommens leistet. Entscheidend sind dafür die Entwicklungen der nächsten 10 Jahre, bis 2030. Angesichts der Tatsache, dass Ende dieses Jahres die COP26 Weltklimakonferenz in Glasgow stattfinden soll, bei der auch die EU ihre rechtlich verbindlichen Ziele zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens vorstellen muss, sendet das kein gutes Signal. Auch die Bundesregierung hält sich hier mal wieder deutlich zurück, dabei liegen diese wichtigen Meilensteine innerhalb der deutschen Ratspräsidentschaft.

Glasgow wird in diesem Jahr einer der wichtigen Meilensteine für die Transformation und Zukunft unserer Welt, so wie auch die Überlegungen, wie wir gut aus der aktuellen Krise wieder herausfinden. Diese Zukunft gilt es, gut zu gestalten. Gut heißt für mich: Innerhalb eines gerechten sozialen Miteinander, klima- und umweltfreundlich und wirtschaftlich tragfähig – so wie in der Agenda 2030 vorgesehen.

TRANSFORMATION AUCH IM ENERGIESEKTOR

Dieser Artikel baut auf einer Rede auf, die ich am 22. Februar 2020 in Basel anlässlich der Abschaltung des ersten von zwei Reaktorblöcken des grenznahen Atomkraftwerkes Fessenheim im französischen Elsass gehalten habe. Dort habe ich betont, dass die Transformation hin zu einer klimafreundlichen und sozial wie wirtschaftlich tragfähigen Welt uns alle betrifft. Wir wissen, dass wir unsere Städte umbauen und unser Leben umgestalten, unser Konsumverhalten ändern müssen – all das ist ein unglaublich aufwendiger Prozess. Dazu gehört auch der Ausstieg aus der fossilen Energie und der Atomenergie sowie der Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare. Doch diese Transformation geht nicht ohne einen entsprechenden Strukturausgleich. Beispielhaft dafür ist die bereits eingeleitete Stilllegung des AKW Fessenheim: Während die Abschaltung dieses Uraltmeilers für viele Menschen in Deutschland und der Schweiz Anlass zur Freude ist, sind viele Menschen im ohnehin sehr strukturschwachen Elsass stark davon betroffen und müssen um ihre Arbeitsplätze fürchten. Besonders wichtig wird also die Nachnutzung des Areals. Hier steht auch Deutschland vor einer wichtigen Herausforderung: Denn es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die soziale Gefährdung durch die Transformation unserer Gesellschaft auch einer der Gründe ist, der populistische Parteien zum Erstarken bringt. Wir müssen

EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT ANSTELLE NATIONALER ALLEINGÄNGE



zeigen, dass diese Transformation eine unglaubliche Chance ist, mit der wir gemeinsam in die Zukunft schauen und neue Existenzen aufbauen können. So auch in Fessenheim: Geplant ist für die Nachnutzung des Areals ein deutsch-französischer Gewerbepark, angelegt als Labor für nachhaltiges Wirtschaften. Dieser kann zu einem Vorbildprojekt für europäische und grenzübergreifende Zusammenarbeit werden. Ein Zeichen, dass wir derzeit mehr denn je benötigen.

STROMMARKT AUCH EUROPÄISCH DENKEN

Was wir aus der Energiewende und der Transformation unserer Gesellschaft hin zu einer nachhaltigeren Welt lernen können: Auch der Strommarkt ist kein nationales Geschäft mehr. In einer Zukunft, in der wir mit weniger Strom auskommen müssen – und das werden wir aufgrund der vor uns liegenden Transformation – müssen die Stromerzeugung und der Stromhandel unbedingt kontinental geregelt werden. Um die Versorgungssicherheit in Europa zu gewährleisten, müssen wir auch sicherstellen, dass Strom über Ländergrenzen hinweg ausgeliefert werden kann. Ich bin im trinationalen Raum Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz aufgewachsen und lebe dort noch immer. Daher weiß ich, wie wichtig erfolgreiche grenzübergreifende Zusammenarbeit und der freie Waren- und Personenverkehr sind. Auch in der Energiewende werden sich nationale Alleingänge langfristig nicht auszahlen – es kommt auf die europäische Zusammenarbeit an.

Seit 2007 verhandelt die Schweiz mit der EU über ein bilaterales Abkommen im Elektrizitätsbereich. Dieser Vertrag soll den Zutritt zum europäischen Strommarkt und den grenzübergreifenden Stromhandel regeln, Sicherheitsstandards harmonisieren, den freien Marktzugang absichern und die Mitwirkung der Schweiz in den

verschiedenen Gremien garantieren. Dieses Abkommen ist für die EU und die Schweiz gleichermaßen wichtig: Zum einen für die Versorgungssicherheit, zum anderen ist die Schweiz mit ihrer Lage auch eine bedeutende Stromdrehscheibe für Europa. Doch die Schweiz steckt in der Verhandlungsfalle: Die EU sieht ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz als Voraussetzung für das Stromabkommen. Das Rahmenabkommen, das den gegenseitigen Marktzugang konsolidieren und zukunftsfähig machen soll, findet allerdings in der Schweiz weniger Unterstützung als in der EU. Mit dem Rahmenabkommen hängt daher auch das Stromabkommen in der Schwebe. Gerade für Menschen, die in der Grenzregion leben, ist ein erfolgreich abgeschlossenes Rahmenabkommen besonders wichtig.

Ich setze mich in Berlin, Brüssel und in der Schweiz für die erfolgreiche Umsetzung dieses Rahmenabkommens ein, predige Mäßigung im Umgang mit der Schweiz und ihrer besonderen Form der Demokratie. Aber auch in Gesprächen mit VertreterInnen der Schweizer Botschaft in Berlin, mit PolitikerInnen in der Schweiz und auf Podien vor Ort ermuntere ich dazu, das verhandelte Abkommen anzunehmen. Denn wichtig ist vor allem, das große Ganze – den quasi freien Marktzugang in die Schweiz und umgekehrt nach Europa – nicht aufgrund einiger weniger Kritikpunkte am Abkommen in Gefahr zu bringen. Aber auch an hier gilt: Der Wandel muss sozial und nachhaltig gestaltet werden, sodass die Menschen mitgehen können und wollen. Die Agenda 2030 behandelt nicht nur Klimafragen, sondern inkludiert auch die soziale und wirtschaftliche Komponente. Sie stellt für mich die Basis, auf der wir über die Grenzen hinweg unsere Zukunft gemeinsam gestalten können und sollten.

BETREUUNGSWAHLKREISE

AALEN/ELLWANGEN	Margit Stumpp
ALB-DONAU	Margit Stumpp
BIBERACH	Agnieszka Brugger
BODENSEEKREIS	Agnieszka Brugger
BÖBLINGEN	Matthias Gastel
BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD	Gerhard Zickenheiner
CALW	Anna Christmann
EMMENDINGEN	Kerstin Andreae
ESSLINGEN	Matthias Gastel
ETTLINGEN	Sylvia Kotting-Uhl
FREIBURG	Franziska Brantner
FREUDENSTADT	Beate Müller-Gemmeke
GÖPPINGEN	Matthias Gastel
HEIDELBERG	Franziska Brantner
HEIDENHEIM	Margit Stumpp
HEILBRONN	Harald Ebner
HOHENLOHE	Harald Ebner
KARLSRUHE	Sylvia Kotting-Uhl
KARLSRUHE/LAND	Danyal Bayaz
KONSTANZ	Matthias Gastel
KURPFALZ-HARDT	Danyal Bayaz
LÖRRACH	Gerhard Zickenheiner
LUDWIGSBURG	Cem Özdemir
MAIN-TAUBER	Charlotte Schneidewind-Hartnagel
MANNHEIM	Franziska, Danyal
NECKAR-BERGSTRASSE	Franziska Brantner
NECKAR-ODENWALD	Charlotte Schneidewind-Hartnagel
ODENWALD-KRAICHGAU	Danyal Bayaz
ORTENAU	Franziska, Gerhard
PFORZHEIM/ENZKREIS	Sylvia Kotting-Uhl
RASTATT/BADEN-BADEN	Sylvia Kotting-Uhl
RAVENSBURG	Agnieszka Brugger
REMS-MURR	Anna Christmann
REUTLINGEN	Beate Müller-Gemmeke
ROTTWEIL	Beate Müller-Gemmeke
SCHWÄBISCH GMUND	Harald Ebner
SCHWÄBISCH HALL	Harald Ebner
SCHWARZWALD-BAAR	Chris Kühn
SIGMARINGEN	Chris Kühn
STUTTGART	Anna, Cem
TÜBINGEN	Chris Kühn
TUTTlingen	Beate Müller-Gemmeke
ULM	Margit Stumpp
WALDSHUT	Gerhard Zickenheiner
WANGEN	Agnieszka Brugger
ZOLLERNALB	Chris Kühn

SÜDWESTGRÜN erscheint drei- bis viermal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der grünen Bundestagsfraktion von unserer Arbeit.

SÜDWESTGRÜN wird als E-Mail mit PDF-Anhang versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen möchte, schreibe bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Südwestgrün“ an harald.ebner@bundestag.de. Abmeldungen und Feedback aller Art bitte ebenfalls an diese Adresse!

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein wie wir es gerne möchten. Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle“. Für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret auf den Nägeln brennt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit!

Da wir nicht in jedem Wahlkreis mit einer/einem eigenen MdB vertreten sind, haben wir das System der Betreuungswahlkreise eingerichtet. In der Liste links seht ihr, wer von uns für eurem Wahlkreis zuständig ist.

Mehr aus der Bundestagsfraktion immer aktuell unter WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Harald Ebner MdB (Landesgruppensprecher)

Redaktion & Gestaltung: Sönke Guttenberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 73025

Fax 030 / 227 76025

harald.ebner@bundestag.de